Die Bundeswehr-eine imperialistische Aggressionsarmee Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 14 vom 8. April 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Empörung über Verwüstungen durch britische Panzer

Bauern erzwingen Manöverabbruch

„Spring Rites" — „Frühlingsbräuche" — nannte die britische Rheinarmee ihr diesjähriges Frühlingsmanöver in der Warburger Börde. 3.000 Soldaten und 495 Panzer sollten hier vom 21. März bis zum 6. April den Krieg proben. Tagelang durchpflügten schwere Chieftain-Panzer die frisch bestellten Felder der Bauern, zerstörten die Frühjahrssaat und verwüsteten die Äcker. Proteste stießen bei den britischen Militärs auf taube Ohren. Bis die Bauern zur Aktion schritten... Als Bauern aus Großeneder und Hohenwepel mit ihren Traktoren die Panzer umstellten und klar machten, daß sie nicht weggehen würden, bis die Panzer den Befehl zum endgültigen Abzug erhielten, wurde das Manöver vorzeitig, am 31. 3., abgebrochen.

Korrespondenten des „Roten Morgen" sahen sich in Großeneder um und sprachen mit den Bauern. Hier ihr Bericht:

Die Warburger Börde ist eine fruchtbare Gegend, es wird vorwiegend Gemüse angebaut. Vor zwei Wochen noch hätten wir hier frisch bestellte Felder sehen können. Die Frühjahrsaussaat ist abgeschlossen. Heute bieten die gleichen Felder ein Bild der Verwüstung. Die Arbeit von Wochen ist zunichte gemacht. Es wird Jahre dauern, bis auf den besonders zerstörten Feldern der Boden wieder seine alte Qualität hat.

Ein Bauer, den wir bei einer Fahrt durchs Dorf auf der Tenne trafen, erzählte uns, daß von seinen 27 Parzellen Land 24 mehr oder weniger zerstört sind. Wir fragten ihn nach der Aktion gegen das britische Manöver. Er war einer der ersten Bauern, die die britischen Panzer aufhielten, als sie sich am Vormittag des 30. 3. erneut sammelten, um über die Felder zu fahren. Die Bauern stellten sich auf eine Brücke, die ein Panzer über einen Bach geschlagen hatte, blockierten gleichzeitig mit einem Trecker die Panzer von der anderen Seite und benachrichtigten dann die anderen Bauern im Dorf, die ihnen zu Hilfe eilten.

Der Bauer berichtet: „Das schönste war, als wir die Panzer aufgehalten haben, wollten die immer weiter fahren und uns abschütteln. Wir haben uns richtig davor gesetzt. Dann haben wir die Brücke besetzt. Dann kam der Brückenpanzer an, wollte die Brücke abbauen. Dann wir auch vor den Brückenpanzer davor. Der fuhr weiter. Er wollte uns an die Seite drücken, aber wir gingen nicht weg. Da sprang einer vom Panzer runter und gab ein Zeichen, daß der Panzer rüberfahren solle. Erst im letzten Moment schrie einer von denen: ‚Anhalten!' Da stand er dann." Schließlich waren es dann 28 Panzer, die von 40 bis 50 Treckern umzingelt waren. Dabei erhielten die Bauern auch Unterstützung aus anderen Dörfern. Bauern, die von der Straße her sahen, was los war, sagten: „Richtig, ihr habt wenigstens Mut, was zu unternehmen", und machten mit.



Mit einer Treckerblockade erzwangen die Bauern der Warburger Börde den Abbruch des Manövers.

Würden die Bauern so etwas noch einmal machen? Der Bauer, mit dem wir sprachen, meinte: „Wir sind richtig froh, daß wir das angefangen haben. Woanders haben sie zwar geschimpft, aber das nützt ja nichts. Sicher, wir wußten, daß das nicht erlaubt war, aber das war uns egal. Wir haben uns gesagt, wir halten uns hier raus. Wir besetzen nur alles. Aber wenn die Gewalt anwenden, dann gibt's auch böse Leute hier. Dann fangen wir auch an. Jetzt haben wir uns aber schon geärgert, daß wir nicht schon vorher angefangen haben. Gleich, wo's anfing. Aber trotzdem. Auf eine Art sind wir jetzt richtig stolz, daß wir es geschafft haben. Mit diesem Manöver ist Schluß. Und wir haben auch sofort angekündigt, wenn nächstes Jahr im Frühjahr wieder Panzer kommen, dann werden sie wieder zugestellt. Dann passiert das gleiche, wie den Mittwoch hier."

Diese Aktion der Bauern hat nicht nur die Rhein-Armee in Aufregung versetzt, sondern auch die deutschen Behörden. Denn schließlich haben sie bereits im Dezember letzten Jahres von diesem Manöver erfahren und es auch genehmigt. Mit zig Ausflüchten versuchen sie nun, ihre Weste weißzuwaschen: Sie hätten ja nicht ahnen können, daß die Panzer über die

Fortsetzung auf S. 6, Spalte 1

Wahlen in Albanien- Feiertag für die Werktätigen

Am 3. April wurden in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien die allgemeinen Wahlen zu den Volksräten und Volksgerichten abgehalten. Bereits in den frühen Morgenstunden herrschte auf den Straßen aller Städte und Dörfer des Landes ein außerordentlich reges Leben. Mit Enthusiasmus und großem revolutionären Optimismus, stolz auf die gewaltigen Errungenschaften in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens, dazu entschlossen, die Volksmacht weiter zu festigen, begaben sich die Wähler zu den Wahlurnen, um ihre patriotische Pflicht zu erfüllen.

Den Mitteilungen, die aus dem ganzen Land eingegangen sind, ist zu entnehmen, daß in der Mehrzahl der Bezirke bereits in den ersten Morgenstunden 100% der Wähler gewählt haben. Der Tag der Wahlen wurde zu einem revolutionären Feiertag. Überall erschallen Lieder und Volkstänze, gewidmet dem neuen Leben in Albanien in den Jahren des sozialistischen Aufbaus.

Korrespondenten von Radio Tirana sprachen an diesem Tag mit verschiedenen Werktätigen. Hier die Stimme eines Bergarbeiters aus dem Bezirk Tipelina: „Wir stimmen für unser Glück und unser Wohlergehen. Ich stimme für die schöne Zukunft Albaniens, das Bollwerk des Sozialismus an der Adria. Wir Arbeiter sagen mutig überall unsere Meinung und stimmen für uns selbst, für die Festigung der Volksmacht, für das Glück und Wohlergehen des sozialistischen Vaterlandes." (Ausführliche Stellungnahmen zu den Wahlen in Albanien in der nächsten Nummer des „Roten Morgen").

Treffen Vance-Gromyko

Rivalität und Völkerbetrug

In einem waren sich beide Supermächte einig. Das Treffen zwischen dem amerikanischen Außenminister Vance und den sowjetischen Kremlchefs sollte den Völkern als eine Station des nimmermüden Ringens der beiden Supermächte um Frieden, Entspannung und Abrüstung auf der Welt verkauft werden. Wobei natürlich jede Seite bemüht war, sich selbst als den Vorkämpfer einer solchen Friedenspolitik in Szene zu setzen.

Tatsächlich aber zeigte der Verlauf dieser ergebnislosen Verhandlungen, daß weder der amerikanische Imperialismus noch der russische Imperialismus eine Friedens- und Entspannungspolitik betreiben. So drohte US-Präsident Carter sofort nach diesem Treffen offen mit neuen Waffen und verschärfter Aufrüstung. Beide betreiben eine aggressive, imperialistische Politik, deren Ziel die Herrschaft über die ganze Welt ist. Dabei verschärfen sich die Widersprüche zwischen diesen beiden größten Feinden der Völker immer mehr. So sehr, daß auch die gegenseitigen Beteuerungen über die „Bereitschaft zur Zusammenarbeit" die abgrundtiefe Feindschaft zwischen ihnen

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

6,6%-Lohnraub in der Druckindustrie

Übler Verrat von Mahlein und Co.

Dieses Mal haben die Bonzen der IG Druck und Papier, die Mahlein und Konsorten, zur Taktik der Überrumpelung gegriffen, um den Kampf der Druckereiarbeiter für eine wirkliche Lohnerhöhung zu unterlaufen und einen Lohnraubabschluß durchzupeitschen. 6,6 Prozent — damit liegen die Kollegen in der Druckindustrie noch unter dem 6,9-Prozent-Abschluß der Metaller. Das ist ein unverschämter Lohnraubabschluß, mit dem der Bonzenapparat der IG Druck und Papier seine Arbeiterfeindlichkeit klar unter Beweis stellt.

Man muß dabei in Rechnung stellen, daß infolge des besonders großen Unterschieds zwischen Tarif- und Effektivlöhnen in der Druckindustrie die Druckereiarbeiter faktisch noch nicht einmal auf diese 6,6 Prozent Lohnerhöhung kommen, sondern lediglich auf 4 bis 5 Prozent, da die 6,6 Prozent ja nur auf den Tariflohn berechnet werden.

Schon in der zweiten Verhandlungsrunde kam es zur „Einigung" der IG Druck-Bonzen mit den Kapitalisten. Warum dieses Tempo?

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

AUS DEM INHALT

Podgorny in Afrika: Ein Betrüger unterwegs 2
Sport in der DDR: Nur Medaillen zählen 3
Leistungssport in Westdeutschland: Fast alle nehmen Anabolika 3
Mannesmann/Reisholz: Kampf gegen Stillegungen 4
VW erhöht die Preise 4
Opel-Betriebsrat für Siebenstundentag? Täuschungsmanöver eines Arbeiterverräters 5
Werner Adomatis wieder frei 5
Erfolgreiche Veranstaltungen zur Unterstützung des Kampfes der RKP Chiles 7
Der II. Parteitag der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) erfolgreich abgehalten 7

Podgorny in Afrika

Ein Betrüger unterwegs

Der afrikanische Kontinent ist gegenwärtig Schauplatz einer regen Reisetätigkeit. Vertreter der verschiedenen imperialistischen Mächte geben sich dort die Klinke in die Hand. Waren es Anfang des Jahres die Unterhändler Richards für den britischen, und Young für den USA-Imperialismus, so gingen jetzt Podgorny und Castro auf Rundreise. Und Bonn setzte seine „Entwicklungshilfe"-Ministerin Schlei in Marsch.

Sie alle kommen in der Maske des Freundes, heucheln Verständnis oder gar Unterstützung für den akfrikanischen Befreiungskampf. Vor allem Podgorny, der Vertreter des russischen Sozialimperialismus, gebärdete sich als Verbündeter der kämpfenden Völker. „Wir sind die Quelle der mächtigen internationalen Unterstützung für die jungen afrikanischen Staaten", tönte er. Aber die jungen afrikanischen Staaten sind offensichtlich anderer Meinung. Noch während Podgorny in Tansania weilte, erklärte das tansanische Staatsoberhaupt Nyerere öffentlich, die russische Hilfe für sein Land entspräche nicht immer den Grundsätzen von „Freundschaft und Gleichheit". Wahrhaftig eine kalte Dusche für die neuen Zaren aus Moskau!

Diese offene Kritik weist darauf hin, daß der russische Sozialimperialismus in Afrika nichts anderes ist als eine Quelle von Ausplünderung und Raub. Denn unter dem Mantel der „Wirtschaftshilfe" haben die Sozialimperialisten einer Reihe von afrikanischen Ländern ungleiche Abkommen aufgezwungen, um sich billig Rohstoffe zu verschaffen, sich Märkte für ihre eigenen Waren zu sichern. Allein seit 1960 haben sie aus diesen Ländern Profite in Höhe von 4,7 Mrd. Dollar herausgepreßt. Nur ein Beispiel für ihre maßlose Profitgier: Während 1955 die afrikanischen Länder für eine Metallschneidemaschine 1,8 t Kaffee lieferten, verlangten die Sozialimperialisten 1974 4,5 t für die gleiche Maschine.

Podgorny schwätzte, wo er auch hinkam, scheinheilig vom „gemeinsamen Kampf gegen die Überreste des Kolonialismus". Aber was sind denn die neuen Zaren anderes als Neokolonialisten, internationale Ausbeuter und Unterdrücker, die in Konkurrenz mit der amerikanischen Supermacht versuchen, Afrika unter ihre Kontrolle zu bringen?

Die afrikanischen Völker erkennen immer besser die Wolfsnatur des Sozialimperialismus. So war Podgorny ständig damit beschäftigt, die wirklichen Absichten der russischen Monopolbourgeoisie zu dementieren. Die Sowjetunion wolle keine Militärstützpunkte, ließ er verlauten. In seinem Troß aber schleppte er einen ganzen Haufen von Experten, Beratern und anderem Militärpersonal mit, das sich im Dienst des Sozialimperialismus in Mosambik einnisten soll. Schon jetzt haben die Sozialimperialisten in mehreren afrikanischen Ländern militärische Anlagen, haben sie eigene oder Satelliten-Truppen stationiert.

Ganz neue Töne schlug Podgorny gegenüber den Befreiungsbewegungen von Simbabwe, Namibia und Azania an. Waren früher die Sozialimperialisten als Prediger der „friedlichen Lösung", der „Entspannung" zwischen den afrikanischen Völkern und ihren weißen Unterjochern aufgetreten, so fanden sie jetzt lobende Worte für den bewaffneten Kampf. Ein Sinneswandel? Nein, die Sozialimperialisten versuchen, in die Befreiungsbewegungen einzudringen, sie mit Waffenhilfe zu ködern, um sie in ein Instrument ihrer aggressiven imperialistischen Politik zu verwandeln. Genauso sind sie auch in Angola vorgegangen.

Heute ist es die andere Supermacht, sind es die USA-Imperialisten, die auf die Karte der „friedlichen Lösung durch Verhandlungen" setzen. Durch solche Manöver wie Regierungsbeteiligung von schwarzen Marionetten-Politikern versuchen sie, das Leben der Rassisten-Regimes zu verlängern. Die amerikanischen Imperialisten sind die Oberherren im südlichen Afrika. Und sie sind entschlossen, ihre wirtschaftlichen und strategischen Positionen mit allen Mitteln zu verteidigen und auszubauen. Das machte Carter deutlich, als er, an die Adresse des russischen Konkurrenten gerichtet, erklärte, ein zweites Angola würde er nicht hinnehmen. Dem dient die verstärkte Aufrüstung der Regimes in Pretoria und Salisbury, ihre Unterstützung mit amerikanischen Söldnern. Ein weiteres Anzeichen für die verschärfte Rivalität der beiden Supermächte in Afrika sind die Pläne der USA-Imperialisten, einen aggressiven südatlantischen Militärpakt zu errichten, der unter ihrer Kontrolle die rassistischen Regimes Südafrikas und die faschistischen Militärdiktaturen in Lateinamerika zusammenfassen soll.

All diese Tatsachen zeigen, daß die beiden Supermächte gleichermaßen Todfeinde der afrikanischen Völker sind. Aber weder der einen noch der anderen Supermacht wird es gelingen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die Völker Afrikas werden auf ihrem siegreichen Weg des Volkskriegs voranschreiten, bis alle in- und ausländischen Feinde vernichtet sind.

Rivalität und Völkerbetrug

Fortsetzung von Seite 1

kaum noch übertünchen können.

Hauptthema bei den Verhandlungen in Moskau waren die SALT-Schachereien, die Weiterführung der mittlerweile schon mehrere Jahre dauernden Verhandlungen über die Abrüstung der strategischen Waffensysteme. Demagogisch betonten beide Seiten, daß es ihnen um „echte Abrüstung" gehe, daß nichts dringender sei als ein neues Abkommen usw. Tatsächlich aber gerieten die Vertreter des amerikanischen Imperialismus und die sowjetischen Kremlchefs bei jedem konkreten Punkt in Streit und konnten sich noch nicht einmal darüber einigen, ob das 1974 in Wladiwostik vereinbarte Rahmenabkommen zwischen ihnen nun endlich ratifiziert werden soll oder nicht.

Diese endlosen Streitereien und Schachereien zwischen den beiden Supermächten, wo immer sie sich auch zu ihren diversen Abrüstungskonferenzen treffen, sind nicht weiter verwunderlich. Denn beide verfolgen eine aggressive, imperialistische, auf die Vorherrschaft über die Welt abzielende Politik. Auf dem Boden dieser Politik überschlägt sich Washington mit „echten Abrüstungsvorschlägen" an die Adresse Moskaus, überschlägt sich Moskau mit „echten Abrüstungsvorschlägen" an die Adresse Washingtons, ist keine der beiden Supermächte bereit — und sei es auch nur auf dem Papier — der anderen Supermacht auch nur das geringste Zugeständnis zu machen.

Das Schlagwort auf beiden Seiten, mit dem diese Schachereien vor den Völkern als „Ringen um den Frieden" hingestellt werden sollen, heißt „Wahrung des Kräftegleichgewichts". Die Erhaltung dieses „Gleichgewichts" ist angeblich das A und O der Sicherung des Friedens auf der Welt.

In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Das Wesen dieser Theorie des „Kräftegleichgewichts" besteht darin, den Supermächten die Rolle als Weltgendarmen zuzugestehen, darin, den amerikanischen Imperialisten und den russischen Sozialimperialisten eine Legitimation für ihre Aufrüstungspolitik, ihre imperialistischen und aggressiven Bestrebungen und Aktivitäten zu liefern, ja, diese Kriegsvorbereitungen auch noch als „Friedenspolitik" zu tarnen. Die Theorie des „Gleichgewichts der Kräfte" ist in Wahrheit nichts anderes als ein Tarnbegriff für das zügellose Wettrüsten der beiden Supermächte, für ihre heftige, sich immer mehr verstärkende Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft. Sie soll außerdem vor den Völkern den klaffenden Widerspruch zwischen der Abrüstungsdemagogie, den Friedensbeteuerungen der beiden Supermächte auf der einen Seite und den tatsächlichen Kriegsvorbereitungen auf der anderen Seite verschleiern, und verhindern, daß die Völker die Supermächte anhand ihrer Taten als die größten Verbrecher der Geschichte der Menschheit erkennen und entsprechend bekämpfen.

Tatsächlich sprechen die Taten der amerikanischen Imperialisten und der russischen Sozialimperialisten ihren Abrüstungsbeteuerungen Hohn. So viel wie in den letzten Jahren von Abrüstung die Rede war, so viel wurde in Wirklichkeit Aufrüstung betrieben. Seit den Verhandlungen zwischen Breschnew und Ford in Wladiwostok entwickelten beide Supermächte neue Raketensysteme, modernisierten sie ihre Waffen.

In den USA wurden in diesem Jahr die ersten Versuche mit den neuen Tridentraketen durchgeführt, mit denen die amerikanischen U-Boote ausgerüstet werden sollen. Mit der Herstellung neuer Atomsprengköpfe für die strategischen Minuteman-Raketen soll begonnen werden. 11 Milliarden Dollar sind allein im Militäretat für die Vermehrung und Modernisierung strategischer Waffensysteme vorgesehen.

Nicht weniger fieberhaft rüsten die russischen Sozialimperialisten auf. Kurz vor dem Treffen mit Vance in Moskau fanden Tests mit neuen Raketen statt, die, von Unterseebooten abgefeuert, eine Reichweite von 5.700 Meilen haben sollen. An mehreren neuen Raketen mit Mehrfachsprengköpfen wird gearbeitet usw. und so fort.

Das sind die Tatsachen, die die wahren Bestrebungen der beiden Supermächte deutlich zeigen. Ihr Wettrüsten, ihre imperialistische Politik auf allen Kontinenten der Welt, ihre Aggressionen gegen die Völker entlarven sie als Kriegstreiber, die nicht davor zurückscheuen werden, die Welt erneut in einen Weltkrieg zu stürzen. Keine Sekunde darf man ihren demagogischen Beteuerungen Glauben schenken. Nur im Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen den Imperialismus auf der ganzen Welt läßt sich der Wunsch aller Werktätigen nach Frieden und Sicherheit der Völker verwirklichen.

Kurz berichtet

DORTMUND

Am 6. 3. 77 wurden in Dortmund offiziell die Roten Pioniere gegründet. Aus diesem Anlaß fand eine kleine Veranstaltung statt, auf der jeder Rote Pionier ein Halstuch mit dem Emblem der Partei erhielt. Zunächst wurde darüber gesprochen, welche Aufgaben sich die Roten Pioniere stellen und was sie für die Partei tun können. Anschließend wurde die Gründung gefeiert. In ihrem Bericht schreiben die Roten Pioniere: „Eine erfreuliche Nachricht: Wir haben gleich in der ersten Woche auf einer Demonstration einen Jungen getroffen, der bei uns mitmachen will."

KÖLN

In Köln stehen neue Fahrpreiserhöhungen bevor. Die Lehrlings-, Schüler- und Studentenkarten sollen ersatzlos gestrichen werden, allgemeine Tariferhöhungen werden vorbereitet. Die Partei und die ROTE GARDE haben den Kampf der Jugendlichen und Werktätigen entschlossen unterstützt. Auf Schulhöfen, an Haltestellen und auf den Schienen fanden Kundgebungen statt. Bei einer Demonstration bildeten die Genossen einen geschlossenen Block, in den sich viele Jugendliche einreihten. Zu einem Jugendtreff, der nach der Demonstration stattfand, kamen rund 20 Jugendliche, um die weiteren Kampfmaßnahmen zu diskutieren.

TÜBINGEN

Am 22. 3. 77 fand in Tübingen eine Veranstaltung zur Solidarität mit dem Genossen Volker Nieber statt, der mit der Begründung, er habe an der Demonstration zum Roten Antikriegstag teilgenommen, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war. In Kürze soll die Berufungsverhandlung stattfinden. Besonderen Beifall fand auf der Veranstaltung, an der rund 30 Menschen teilnahmen, ein Sketch, den eine Sympathisantin geschrieben hatte. Auf der Veranstaltung wurden 137 DM zur Unterstützung des Genossen gesammelt. Schon in den Tagen zuvor hatten Freunde und Genossen fast 150 DM gespendet.

WASSERKANTE

Im Raum Wasserkante hat im März eine Filmvorführserie begonnen, in deren Verlauf in Bremen, Hamburg, Neumünster, Kiel und Lübeck verschiedene revolutionäre Filme gezeigt werden sollen. Unter anderem „Streik" von Eisenstein, „Kuhle Wampe" von Brecht, „Heldenhaftes Volk" über den Kampf und den Sieg des kambodschanischen Befreiungskampfes usw. Die Genossen berichten, daß die ersten Filmveranstaltungen gut besucht waren und viele Genossen Freunde und Kollegen mitbrachten.

HINWEIS

Versehentlich wurde im letzten „Roten Morgen" der Hinweis darauf weggelassen, daß es sich bei dem Artikel „Bürgerlich-kapitalistische oder sozialistische Länder — ein Mittelding gibt es nicht" um eine Sendung von Radio Tirana handelt.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Offen gesagt ...

Die 'Endlösung' des Problems der Arbeitslosigkeit

Wenige Tage, nachdem der DGB-Apparat die gegenwärtige Arbeitslosenzahl mit 3 Millionen angegeben hatte, einen Tag, nachdem in Düsseldorf die Mannesmann-Arbeiter erneut gegen die geplanten Massenentlassungen demonstrierten, kurz nachdem die Bauindustrie erneut Zigtausende Entlassungen angekündigt hat, stellte die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" ihre Spalten dem nordrhein-westfälischen Arbeitsminister für eine geradezu faschistische Hetze gegen die Arbeitslosen zur Verfügung. „Farthmann rät Firmen: Arbeitsscheue melden" verkündete die WAZ in großer Aufmachung auf der ersten Seite.

„Arbeitsscheu" — das sind in den Augen dieses Ministers vor allem die arbeitslosen Kollegen, die bei ihrer Suche nach Arbeit von den Kapitalisten bzw. ihren Personalchefs wieder und wieder abgewiesen werden. Gerade gegen diese Kollegen, die oft nicht mehr aus noch ein wissen, an der Aussichtslosigkeit ihrer Lage verzweifeln, hetzt der Minister, sie seien nicht nur selber schuld an ihrer Lage, sondern würden es ja gerade darauf anlegen, keine Arbeit zu bekommen: indem sie sich besoffen bewerben würden usw. In Zukunft sollen die Kapitalisten deshalb verstärkt Arbeitssuchende als „nicht arbeitswillig" melden, damit die Arbeitsämter ihnen das Arbeitslosengeld streichen könnten; die Arbeitsämter sollen alle Arbeitslosen, die mehrere Male bei ihrer Stellensuche abgelehnt wurden, verstärkt kontrollieren.

Das ist ja wohl der Gipfel des Zynismus! Man fragt sich, warum Minister Farthmann nicht gleich nach dem Vorbild des Justizministers Vogel („Es gibt keine politische Verfolgung in der Bundesrepublik, verfolgt werden nur Kriminelle") erklärt: „In der Bundesrepublik gibt es keine Arbeitslosen. Wer keine Arbeit hat, ist arbeitsscheu." Denn darauf, daß in Zukunft der kapitalistische Staat und die einzelnen Kapitalisten jeden Arbeitslosen bereits nach kurzer Zeit als „Arbeitsscheuen" abstempeln und ihm die Unterstützung streichen wollen, läuft das Ganze ja hinaus.

Aber so unverschämt die Hetze dieses Ministers ist, so brutal die geplanten Angriffe auf die Lage der Arbeitslosen sind — ein Gutes haben sie doch. Wer nämlich auf den kapitalistischen Staat als „Retter in der Not", als Anwalt gegen die Kapitalisten hofft, dem wird hier deutlich vor Augen geführt, daß er damit den Bock zum Gärtner macht. Der kapitalistische Staat war es, der bereits vor einiger Zeit den arbeitslosen Kollegen jedes Recht nahm, sich auch nur im geringsten gegen die Praktiken der Kapitalisten zu wehren, die Arbeitssuchenden zu Hungerlöhnen als Lohndrücker einzustellen, indem er auch schon die einmalige Ablehnung einer Stelle verbot. Er ist es jetzt, der einen offenen Angriff auf die Arbeitslosenunterstützung startet und die Dauer ihrer Auszahlung erheblich verkürzen will. Kurz: Er ist ein Feind der Arbeitslosen, ein Instrument der Kapitalistenklasse, für die die Arbeitslosen, aus denen sie keinen Profit mehr erzielen kann, nur wertloser Ballast sind, genauso wie die alten und kranken Menschen im kapitalistischen Staat. Nur im revolutionären Kampf gegen ihn können die Arbeitslosen einzelne Verbesserungen ihrer Lage erkämpfen, nur durch seinen Sturz in der proletarischen Revolution kann die Arbeitslosigkeit, dieses Grundübel des Kapitalismus, endgültig beseitigt werden.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 3005 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Sport in der DDR

Nur die Medaillen zählen

Die Leistungssportler der DDR haben sich in den letzten Jahren international immer mehr an die Spitze gesetzt. Während der Olympischen Spiele 1976 in Montreal überschlugen sich die Zeitungen beinahe. DDR-Reporter brüllten sich bei ihrem Siegesgeheul an den Mikrophonen in Montreal heiser.

Die Honecker-Propaganda will uns weismachen, daß die internationalen Ergebnisse des DDR-Sports aus der Basis des Kinder- und Jugendsports und des Volks- und Massensports erwachsen. Ist das so?

Nach einem ausgeklügelten System werden von Trainern und Sportwissenschaftlern die Schulen und für manche Sportarten sogar schon die Kindergärten unseres Landes nach „Material" für den Leistungssport abgegrast. Die Kinder werden in Klubs trainiert und kommen in der Regel mit 14 Jahren nach Abschluß der 8. Klasse an spezielle Kinder- und Jugendsportschulen. Dort werden sie zu Superathleten herangezüchtet, deren einzige Aufgabe es ist, auf Olympiaden und internationalen Wettkämpfen Medaillen und damit Ansehen für unsere Herren einzuheimsen. Aber der Sprung an die Spitze gelingt nur wenigen. Die Schwierigkeiten, die die anderen beim Übergang in den „normalen" Schulbetrieb haben, sind noch das Geringste, viele von ihnen sind so stark überfordert worden, daß körperliche Schäden zurückbleiben, die sie ihr Leben lang belasten. Es gibt so gut wie keine Sportart, bei der nicht junge Menschen wegen Körperschäden, die durch den überhöhten Leistungsdruck und chemische Präparate hervorgerufen werden, auf der Strecke bleiben, oft kommen noch psychische Schäden dazu.

Mancher meint, daß die Sportler ja vorher wissen, was passieren kann. Können aber Schulkinder und unkundige Eltern, denen von gewissenlosen Werbern das Blaue vom Himmel versprochen wird, dafür verantwortlich gemacht werden? Ganz gewiß nicht. Sind die Jugendlichen aber einmal in dieser Tretmühle, so lockt man sie mit Geld und Privilegien und zwingt sie mit psychologischen Tricks in ihre Rolle. Es wird sogar offener Druck durch schlechte Beurteilung und Zeugnisse ausgeübt auf Jugendliche, die aussteigen wollen.

Wie sieht es mit denjenigen aus, die den Sprung nach ganz oben schaffen? Einerseits sind sie Opfer dieses Sports, denn sie tragen fast alle körperliche Schäden davon. Andererseits sind sie Stars, Privilegierte. Auf uns arbeitende Menschen schauen die meisten überheblich von oben herab. Keiner von ihnen hat jemals regelmäßig arbeiten müssen. Sie haben gute Wohnungen, vielen von ihnen werden auf Staatskosten Villen gebaut. Es wird mit der Tatsache argumentiert, daß Sportler, Trainer und Sportfunktionäre, die den Vaterländischen Verdienstorden erhalten, das eigentlich dazugehörende Bargeld gar nicht bekommen. Damit will man uns die Augen verkleistern. Welche Sachwerte man diesen Leuten schenkt, „vergessen" die Herren einfach, uns zu sagen. Die Palette reicht von Urlaubsreisen ins Ausland über Autos bis zu Villen. Und natürlich bekommem sie auch ihre fetten Prämien für die internationalen Titel. Die Leistungssportler der DDR als Amateure zu bezeichnen, ist einfach lachhaft.

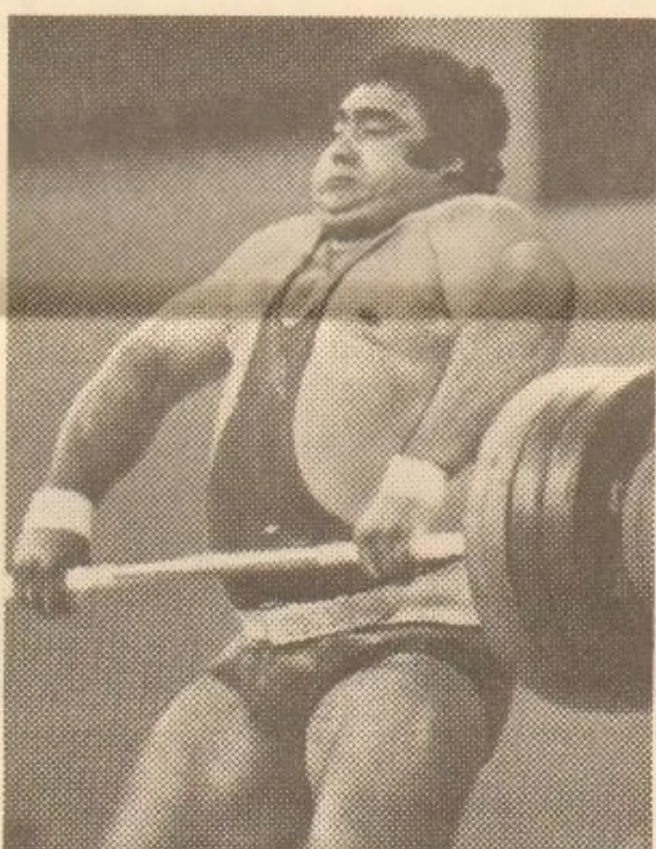
Neben den Sportlern, Trainern, Sportwissenschaftlern und Ärzten stößt sich noch eine ganze Kaste von Funktionären am Leistungssport gesund. Nur ein Beispiel dafür, was für Geld sinnlos für diese ganze Bande zum Fenster herausgeworfen wird, ist der Empfang der Olympiateilnehmer 1976 beim Staatsrat. Es war ein 150 m langes Bankett aufgebaut worden. Zum Schluß der Feier waren alle so blau, daß einige anfingen, die Blumen zu verspeisen.

Aber das ist nur ein Teil der Mittel und des Geldes, die uns vorenthalten werden. Weitere Unsummen werden für den Bau der Sportanlagen, zu denen nur Leistungssportler Zutritt haben, ausgegeben. Spezielle Trainingszentren, wie Lindow (Mark) werden mit Stacheldraht umzäunt, damit wir uns kein Bild von den Kosten machen können. Tausende von Wissenschaftlern, Ärzten und Trainern arbeiten an der Entwicklung von Trainingsmethoden. In Vorbereitung auf die Spiele in München 1972 wurde die olympische Wildwasserstrecke für die Kanuten originalgetreu nachgebaut. Daß dies und ähnliches Millionen verschlingt, kann sich jeder denken. Für viele Schulkinder aber gibt es keine Turnhallen und oftmals keine vernünftigen Sportplätze. Schaut euch doch die Sportanlagen für den Volkssport an — ungepflegter Rasen, mangelnde oder fehlende sanitäre Einrichtungen und Umkleideräume. Manche Anlagen werden nur noch als Müllabladeplatz benutzt.

rung vieler Menschen für ihre Zwecke aus. Auf dem Fußballplatz und vor dem Fernsehgerät sollen wir am Wochenende unsere Wut abreagieren, die sich die ganze Woche über im Betrieb angestaut hat. Den Herren ist es natürlich lieber, wenn wir uns den Kopf zerbrechen über die Oberligatabelle und die Ergebnisse der Weltmeisterschaft anstatt über die ständig wachsende Ausbeutung im Betrieb und den Kampf für unsere Klasseninteressen zu diskutieren.

Noch etwas anderes bezwecken die Imperialisten, vor allem die amerikanischen und russischen mit dem Rummel, den sie um Olympiaden und internationale Wettkämpfe machen. Wie Hitler mit der Berliner Olympiade von 1936 wollen sie auf diese Weise den Eindruck erwecken, daß es um die Sache des Friedens und der Völkerverständigung bestens bestellt sei und wollen somit von der Kriegsvorbereitung ablenken. Auf der anderen Seite sieht man, daß diese olympischen Spiele keineswegs von der Idee des freundschaftlichen sportlichen Wettkampfs getragen sind. Mitmachen zählt gar nichts. Auf die Medaillen kommt es an. Das zeigt sich etwa bei der nachträglichen Disqualifizierung der bulgarischen und polnischen Gewichtsheber von den Olympischen Spielen in Montreal wegen Doping; bei der Disqualifizierung des sowjetischen Fechters wegen einer präparierten Waffe; bei der Anwendung von Hormonpräparaten z. B. bei Schwimmern usw.





Kornelia Ender aus der DDR, Wassilij Alexejew aus der Sowjetunion — zwei Spitzensportler, denen der Gebrauch von Anabolika deutlich anzusehen ist.

Unsere Herren fordern uns scheinheilig auf, mehr Sport zu treiben. Vielen von uns ist es doch gar nicht möglich. Ständig wachsende Anforderungen im Betrieb, Überstunden, mangelnde Dienstleistungen und Versorgung — nach jeder Kleinigkeit anstehen oder sich die Hacken ablaufen, rumsitzen auf dem Wohnungsamt usw., das sind die Probleme, die unsere Freizeit ausfüllen. Und schaffen wir es einmal, auf den Platz zu gehen, dann finden wir die oben genannten Verhältnisse vor, denn kosten darf der Volkssport ja möglichst nichts. In den Sportgemeinschaften der Betriebe aber, sofern es welche gibt, herrscht ein Trainingssystem mit Wettkämpfen am Wochenende. Die meisten haben dafür keine Zeit oder bringen einfach nicht die Leistung, die dort gefordert wird.

Was bezweckt die Honecker-Clique überhaupt mit ihrem Gerede von Volks- und Massensport? Soll Sport der Freude und Gesunderhaltung der Menschen dienen? Nein! Der einzige Zweck ist doch, die breiten Massen fit zu halten, damit sie weiter als Ausbeutungsobjekte taugen.

Für unsere Herren trifft genau das zu, was Marx schon vor 100 Jahren über die Kapitalisten sagte. Die Bourgeoisie ist am Arbeiter nur soweit interessiert, als seine Arbeitskraft ihr als Profitquelle dient. Genauso wie die Kapitalisten in aller Welt, die russischen wie die amerikanischen, die westdeutschen wie die Kapitalisten bei uns, nutzen unsere Herren die ehrliche Sportbegeiste-

All dies soll nicht heißen, daß wir gegen den Leistungssport und sportliche Höchstleistungen schlechthin sind. Aber wir sind gegen einen Leistungssport, der auf Kosten der arbeitenden Menschen und auf Kosten der Gesundheit der Sportler betrieben wird. Wir sind gegen die Züchtung von Sportmaschinen, die nur Goldmedaillen gewinnen sollen, wir sind gegen den imperialistischen Sportbetrieb.

Wir sind für eine Sportbewegung, die den breiten Massen die Möglichkeit gibt, Sport zu treiben, wie es in den wirklich sozialistischen Ländern wie etwa in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien der Fall ist, wo der Massensport als wichtigstes Mittel zur Erhaltung und Förderung der Volksgesundheit angesehen wird. Wir sind für eine Sportbewegung, in der es nicht darum geht, um jeden Preis zu gewinnen und den anderen auszustechen, fertigzumachen, sondern wo der freundschaftliche Wettkampf, die Freude am Mitmachen, die sportliche Fairneß zählen. Für eine solche Sportbewegung gibt es auch bei uns hervorragende Traditionen: in der Arbeitersportbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre, in den Jahren, als die DDR nicht wie heute ein sozialfaschistisches Regime, sondern ein sozialistischer Staat war, in dem die Interessen der Werktätigen an der ersten Stelle standen.

Leistungssport in Westdeutschland

Fast alle nehmen Anabolika

Wer in den letzten Wochen das „Aktuelle Sportstudio" im ZDF verfolgt hat, hatte Gelegenheit, sich ein Bild von den gewissenlosen Praktiken der Spitzenverbände des Sports in der Bundesrepublik und der in ihrem Dienst stehenden Mediziner zu machen. Die ehemalige Kugelstoßerin Brigitte Berendonk, der noch aktive Weltrekordler im Hammerwerfen Walter Schmidt und andere enthüllten hier, daß der „Deutsche Leichtathletikverband", das NOK und andere Verbände die Leistungssportler seit Jahren systematisch mit Anabolika und anderen Medikamenten vollpumpen, damit sie Höchstleistungen erzielen und möglichst viele Medaillen erringen.



Der Ruderer Kolbe brach im Endkampf der Olympischen Spiele zusammen, weil er gedopt worden war.

Anabolika beschleunigen den Eiweißaufbau im menschlichen Körper und damit die Muskelbildung. Wer diese Medikamente allerdings regelmäßig über einen längeren Zeitraum einnimmt, muß mit schweren gesundheitsschädigenden Nebenwirkungen rechnen. So verändern Anabolika z. B. bei Frauen die Hormonstruktur und rufen bei Männern wie bei Frauen Leberschädigungen hervor. Weil dies inzwischen offenkundig ist, hatte das Internationale Olympische Komitee die Anabolika vor den Olympischen Spielen in Montreal auf die Liste der verbotenen Dopingmittel gesetzt. Die Sache hat nur einen Haken: Anabolika wirken langfristig (anders etwa als Aufputschmittel). Wenn sie eine bestimmte Zeit lang abgesetzt waren, kann ihre Einnahme nicht mehr nachgewiesen werden. Man kann also Anabolika einnehmen, eine bestimmte Zeit vor dem Wettkampf absetzen usw., ohne daß einem die Dopingkommission etwas anhaben kann. Die Sache hat auch noch einen anderen Haken: Neben den verbotenen Anabolika gibt es eine ganze Reihe ähnlicher Medikamente mit den gleichen schädlichen Wirkungen. Diese Mittel stehen nicht auf der Dopingliste.

Aus allen diesen Gründen werden die Anabolika und ähnliche Präparate auch heute noch in großem Maßstab von den Spitzensportlern fast überall auf der Welt eingenommen. Die Bundesrepublik macht dabei keine Ausnahme.

Es ist allerdings eine infame Lüge, wenn die Verbandsfunktionäre und solche Sportmediziner wie der ärztliche Berater des DLV, Professor Keul, jetzt den Athleten die Schuld in die Schuhe schieben wollen und sich selbst als diejenigen darstellen, die angeblich „das Schlimmste verhindern" wollen, wenn einige von ihnen so tun, als ob sie von nichts wüßten, was die Athleten tun. In Wirklichkeit sind sie es, die den Athleten auf die eine oder andere Weise, direkt oder indirekt, diese gefährlichen Mittel aufzwingen.

Um nur einige wenige Beispiele zu nennen:

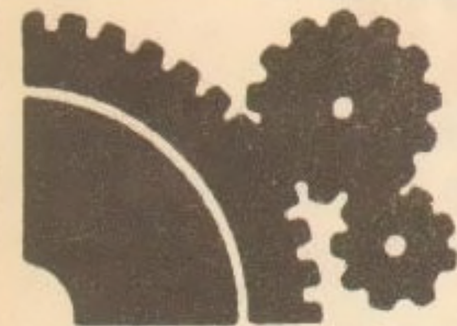
Der Hammerwurfweltrekordler Walter Schmidt hat gesagt: *„In der Dopingkommission sitzen dieselben Leute, die uns die Normen setzen."* Jeder weiß, wie hoch die Normen z. B. für die Teilnahme an den Olympischen Spielen gesetzt waren. Um sie überhaupt zu erreichen, waren die Athleten förmlich gezwungen, zu Anabolika zu greifen. Die Mitglieder der Doping- und Normenkommission wußten offenbar genau, was sie taten . . .

Angefangen von der „Sporthilfe" des Kapitalisten Neckermann bis hin zu Studienplätzen an der Sporthochschule Köln, Stipendien und anderen Vergünstigungen, von unter der Hand gezahlten Startgeldern für die Stars bis hin zu einer gut dotierten Arbeitsstelle in einem der kapitalistischen Betriebe, die sich zu Werbezwecken einen Sportverein halten, reichen die „Aufmerksamkeiten" für Hochleistungsathleten. Ganz zu schweigen von der Publicity, dem Ruhm und der Ehre, die sich leicht in klingende Münze verwandeln lassen, wenn man es geschickt anstellt. Für all das wird von den Athleten die bedingungslose Unterordnung unter die Anordnungen der Verbände und Trainer, die bedingungslose Einordnung in den imperialistischen Sportbetrieb verlangt. Wenn der Verband die Einnahme von Anabolika „nahelegt", dann hat der Athlet praktisch keine andere Wahl. Falls er aufmuckt, wird er kaltgestellt, aus dem Kader der Leistungssportler ausgestoßen, verliert seine Privilegien. Beispiele dafür gibt es genug.

Wie jetzt im „Deutschen Leichtathletikverband" herauskam, sorgen der Verband und seine Trainer schon bei Jugendlichen dafür, daß sie mit Anabolika präpariert werden. Das enthüllen jetzt die Eltern des 19jährigen Hammerwerfers Hermann Mann aus Worms und auch Walter Schmidt hat es anhand seiner eigenen Erfahrungen bestätigt. Man kann sicher sein, daß die Praktiken des DLV in dieser Hinsicht keine Ausnahme sind. Wenn man bedenkt, daß etwa bei den Turnern und den Schwimmern schon 12-13jährige Jungen und Mädchen zum Leistungskader [illegible] Nationalmannschaft gehören, kann man die Handlungsweise der Verbandsfunktionäre und ihrer Mediziner nicht anders als kriminell bezeichnen.

Bei uns in der Bundesrepublik und drüben in der DDR wird der Leistungssport von den Imperialisten dirigiert. Für sie ist das eine Sache des Geschäfts. Wichtiger noch, für sie ist der Sport ein Mittel, um nationalistische, chauvinistische Stimmungen zu erzeugen, um den werktätigen Massen, wenn auch nur für einen Augenblick, die Einheit von Ausbeutern und Ausgebeuteten zu suggerieren, wenn bei der Siegerehrung die Nationalflagge gehißt wird. Mit einem echten freundschaftlichen Kräftemessen hat diese Art von Sport nichts zu tun.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Türkischer Arbeiter wegen Krankheit abgeschoben

Der Arbeiter ist für die Bourgeoisie nur eine Ware, dem sie die Arbeitskraft abkaufen kann. Braucht sie ihn nicht mehr — dann weg damit. Besonders unterdrückt sind dabei die Ausländer. Das zeigte sich wieder an folgendem Fall:

Ein 38jähriger türkischer Arbeiter hat seit 1968 in Berlin gearbeitet. Wie jeder andere Arbeiter hat er natürlich Sozialversicherungen bezahlt, er wird arbeitslos, bekommt keine Arbeit mehr. Im „sozialen Rechtsstaat", wie die Bourgeoisie ihn anpreist, kein Problem. Er bekommt zusammen mit seiner Frau und seinem einjährigen Kind 600 DM Sozialhilfe im Monat, davon muß die Familie leben, die Miete bezahlen usw.

In dieser Zeit hat er eine chronische Bronchitis bekommen, so daß er vollends erwerbsunfähig wird. Da sind der Bourgeoisie die 600 DM für drei Personen immer noch zuviel. Nach fünf Monaten Sozialhilfezahlungen soll er abgeschoben werden aufgrund des Ausländergesetzes.

Der Arbeiter klagt dagegen durch mehrere Instanzen, und dann stellt das Oberverwaltungsgericht höchstrichterlich fest (laut „Tagesspiegel" vom 12. 2. 77):

„Ein ausländischer Gastarbeiter, der den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann, ‚setzt einen Ausweisungsgrund'. Die Aufenthaltserlaubnis kann nachträglich räumlich und zeitlich beschränkt werden. Von diesen Möglichkeiten nach dem Ausländergesetz ausgehend, hat das Berliner Oberverwaltungsgericht die vom Polizeipräsidenten verfügte, sofort zu vollziehende Ausweisung eines 38jährigen Türken bestätigt. (...) *Er stehe danach dem deutschen Arbeitsmarkt künftig nicht mehr zur Verfügung. Er habe keinen Anspruch darauf, ‚sich hier aufzuhalten, um seine Rente hier zu verzehren'. Denn ihm sei der Aufenthalt nur zu Arbeitszwecken erteilt worden. Demzufolge bestehe ein überwiegendes öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung des Ausweisungsbescheides [AZ: OVG I S]."*

„Die Ausländer nehmen euch die Arbeitsplätze weg", so hetzt die Bourgeoisie, um davon abzulenken, daß die Arbeitslosigkeit nicht von den ausländischen Kollegen kommt, sondern durch das kapitalistische System notwendig hervorgebracht wird. Eine Million oder mehr dieser Kollegen sind schon abgeschoben worden — und haben wir etwa weniger Arbeitslose heute als vor zwei Jahren? Nein, mehr! Die Bourgeoisie schiebt die ausländischen Kollegen ab, weil sie weiß, daß ihr der gemeinsame Kampf von deutschen und ausländischen Kollegen gefährlich werden kann, und weil ihr deren Unterhalt zu teuer kommt — daß die Kollegen auch Versicherung bezahlt haben, ihr weiteres Schicksal, das schert sie einen Dreck. Nur der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie kann dem ein Ende machen.

Deutsche und ausländische Kollegen müssen gemeinsam kämpfen. Spaltung nützt dem Feind. Ebenso müssen wir die reaktionären Ausländergesetze bekämpfen, die die rechtliche Grundlage für die besondere Unterdrückung der Ausländer darstellen.

Rot Front! Ein Genosse aus
Ein Genosse aus Westberlin.

BASF: Explosion fordert Todesopfer

Am Montag, den 21. 3. gegen 4.40 Uhr flog kurz vor Ende der Nachtschicht in H 503 ein Kessel mit 100 Litern fünfzigprozentiger wässriger Lösung von Wasserstoffsuperoxyd in die Luft. Die Druckwelle war so gewaltig, daß sie den Kessel sowie eine 20 cm starke Brandmauer in nächster Nähe zerfetzte. Hinter der Mauer war ein 26jähriger Kollege gerade bei Reinigungsarbeiten, als die Druckwelle und umherfliegende Kessel- und Mauerteile ihn förmlich zerrissen. Er war erst im Sommer 76 in die BASF eingetreten. Seine Frau und sein kleines Kind warteten, wie so viele vor ihnen, an diesem Morgen vergeblich auf ihn. Ein anderer Kollege wurde verletzt, ein weiterer erlitt einen Schock.

Die Explosion war so stark, daß Bewohner eines angrenzenden Wohnviertels aus dem Schlaf schreckten. Und wie schon oftmals vorher herrschte in den Wohnungen Angst und Ungewißheit. Viele Frauen sorgten sich sehr, denn es konnte ja ihr Mann betroffen sein. In ständiger Angst müssen die Angehörigen der meisten Aniliner leben. Jeder kann jederzeit getroffen werden. Nicht weil das Schicksal oder das Los es so bestimmt, sondern weil die Profitgier der BASF-Bosse kaltblütig über Leichen geht. Wenn auch Kriminalpolizei und Gewerbeaufsichtsamt Untersuchungen einleiten, am Ende heißt es wieder „Ursache unbekannt" oder „menschliches Versagen".

Die Jagd nach Maximalprofit bringt jedes Jahr vielen Kollegen den Tod. Im letzten Jahr mußten 13 Kollegen ihr Leben lassen, davon 4 Fremdfirmenarbeiter. Von den 9 Anilinern kamen 2 bei Staplerunfällen ums Leben, 2 ertranken, einer stürzte ab. Daß nicht noch mehr Kollegen umkommen, ist fast ein Wunder. Die Stapler werden schlecht gewartet, defekte Bremsen, Brechen der Achsen ist an der Tagesordnung.

Am Grab des Kollegen werden wieder Krokodilstränen geweint, wird heuchlerisch von ehrendem Andenken gefaselt. Dabei ist sicher, daß der Kollege nur der erste war, dem noch weitere in diesem Jahr in den Tod folgen müssen.

Die Angst der Kollegen und ihrer Familien geht weiter. Um all dies zu vertuschen, macht die Anilin einen großen Rummel um die Arbeitssicherheit. Jeden Monat werden in den Betrieben Sicherheitsbelehrungen durchgeführt, gibt es Sicherheitsbetriebsbegehungen. Sogar ein Wettbewerb für unfallfreies Arbeiten wird durchgeführt. Arbeitet z. B. ein Betrieb mit 40 Arbeitern 380 Tage unfallfrei, erhält er eine bronzene Urkunde, nach einem weiteren Jahr folgt eine silberne, nach einem weiteren die goldene. Danach beginnt der ganze Schwindel von vorne. Die Kollegen erhalten als „Anerkennung" Schirme, Uhren, Taschenmesser.

Das Ganze dient jedoch nur der verschärften Unterdrückung. Gleichzeitig werden nämlich Kollegen, die einen Unfall hatten, aufgefordert, trotz ihrer Verletzung arbeiten zu gehen. Man gibt ihnen dann Büroarbeit o.ä. Die BASF versucht die Kollegen soweit zu bringen, daß sie sich gegenseitig unter Druck setzen

Doch die meisten Kollegen haben den Schwindel längst durchschaut. Nach der Explosion am Montag wurde bei uns im Betrieb wieder heftig diskutiert und es gab niemanden, der nicht die BASF angriff. Wir waren uns alle einig, daß die Schuld bei der BASF liegt, und in mancher Betriebsversammlung mußten sich die Betriebsleiter anhören, daß die Kollegen auf ihre „Geschenke" dankend verzichteten und den ganzen Schwindel entlarvten.

Die Jagd nach Profit wird weiter Kollegen töten. Auch in diesem Jahr. Und keiner kann sagen, ob er als nächster an der Reihe ist. Aber jeder Kollege, den die BASF tötet, wird den Haß vergrößern. Keiner dieser Kollegen wird vom Proletariat vergessen werden, wenn es einmal abrechnet. Und sicher ist auch, daß das Maß der Strafe für die Verantwortlichen der Höhe der Schuld in nichts zurücksteht.

Rot Front! Ein Genosse aus der BASF.

Mannesmann/Reisholz

Kampf gegen Stillegungen

Am 26. März gingen die Kollegen der von Stillegung bedrohten beiden Düsseldorfer Mannesmann-Betriebe MRW und KAR zum zweiten Mal auf die Straße, um gegen die geplanten Massenentlassungen zu demonstrieren. 1.800 Arbeitsplätze wollen die Mannesmann-Konzernherren vernichten. Die 1.800 betroffenen Kollegen wollen sie skrupellos auf die Straße setzen.

Dieses Mal nahmen an der Demonstration über 2.000 Menschen teil. Ca. 1.500 waren es bei der ersten Demonstration, die knapp zwei Wochen zuvor stattgefunden hatte. Aber trotzdem kam auf der Demonstration keine kraftvolle Kampfstimmung auf. Das hängt damit zusammen, daß die Demonstration wieder unter der Kontrolle und dem politischen Einfluß des reaktionären IGM-Apparates und der revisionistischen D„K"P stand. Diese Arbeiterverräter hatten dafür gesorgt, daß die Demonstration an einem Samstag stattfand und dadurch nicht mit einem Streik gekoppelt war. Ferner hatten sie die Demonstrationsroute so festgelegt, daß sie fernab von Arbeitervierteln am Rheinufer entlang in die Düsseldorfer Altstadt führte.

Unter den Kollegen herrschte ein ziemliches Unbehagen. Auch wenn die meisten Kollegen politisch noch nicht richtig durchschauten, wie die Bonzen und Arbeiterverräter hinter scheinradikalen Phrasen einen konsequenten Kampf sabotieren, so spürten sie doch, daß da irgend etwas faul ist. Nicht wenig Kollegen sagten im Gespräch, daß sie sauer über die unsinnige Demonstrationsroute sind und daß sie auch darüber enttäuscht sind, daß die Demonstration nicht an einem Arbeitstag durchgeführt und mit einem Streik gekoppelt wurde.



Stand der Partei gegen die Massenentlassungen

Die D„K"P-Revisionisten waren zahlreich erschienen. Sogar D„K"P-Chef Mies marschierte mit und ließ sich für die „UZ" (Tageszeitung der D„K"P) fotografieren. Massiv verbreiteten die D„K"P-Revisionisten ihre Parolen, die zwar links klingen, in Wirklichkeit jedoch Illusionen über den Kapitalismus erzeugen und darauf ausgerichtet sind, die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes zu verschleiern. „Durchsetzung des Rechtes auf Arbeit" war wieder ihre Hauptlosung.

Als ob es im Kapitalismus jemals ein echtes Recht auf Arbeit geben könnte! Natürlich sagten die Vertreter der D„K"P und des IGM-Apparates den Mannesmannarbeitern auch nicht, daß der einzig erfolgversprechende Weg, um die Stillegungen zu verhindern, darin besteht, durch militante Kampfmaßnahmen, etwa einen machtvollen Streik, die Kapitalisten in die Enge zu treiben. Schließlich stellen sie sich ja gerade deshalb an die Spitze der Aktionen, um die Arbeiter und kleinen Angestellten vom Weg des revolutionären Kampfes gegen das Kapital und gegen den kapitalistischen Staat abzuhalten.

Genossen unserer Partei diskutierten mit den Kollegen über die falsche und verräterische Politik der IGM-Bonzen und D„K"P-Revisionisten, und sie erklärten den richtigen Weg, den Weg der revolutionären Aktionen und des unversöhnlichen Kampfes gegen die Kapitalistenklasse und den kapitalistischen Staat. Während der Demonstration verteilten unsere Genossen Flugblätter. An der Oberkasseler Brücke hing ein großes Transparent unserer Partei. Am Ort der Schlußkundgebung hatte die Partei einen Propagandastand aufgebaut, und ein Genosse sprach über Megaphon zu den Mannesmannkollegen.

Übler Verrat von Mahlein und Co.

Fortsetzung von Seite 1

Offenkundig hatten es die Herren „Tarifpartner" sehr eilig, weil sie sich vor der Kampfbereitschaft der Druckereiarbeiter fürchteten. Das zeigt, daß ihnen der Schreck vom Streik des vergangenen Jahres immer noch in den Gliedern sitzt.

Angesichts dieses Verrats an den Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten entlarvt sich, wie verlogen und heuchlerisch die radikalen Sprüche waren, die Mahlein in den letzten Monaten vom Stapel ließ, z. B. anläßlich der Metalltarifrunde, als er tönte, im Falle einer Aussperrung der Metaller sei die IG Druck und Papier entschlossen, einen Solidaritätsstreik durchzuführen.

Solche Sprüche dienten offenkundig unter anderem dazu, die Empörung der Druckereiarbeiter darüber abzuwiegeln, daß Mahlein und Co. von den Mitgliedern ihrer Gewerkschaft einen 13. Monatsbeitrag verlangten und dies schamlos damit begründeten, daß angeblich die Streikkassen leer seien. Gegen die Erhebung des Sonderbeitrags gab und gibt es einen massiven Widerstand unter den Mitgliedern der Druckergewerkschaft, der vom organisierten Zahlungsboykott bis zu Massenaustritten reicht.

Man muß den 6,6%-Abschluß und die Art und Weise seines Zustandekommens auch mit dem neuesten innergewerkschaftlichen Angriff der Mahlein und Co. auf die Mitglieder der Druckergewerkschaft konfrontieren: Das Streikgeld soll gekürzt und soziale Leistungen für die Gewerkschaftsmitglieder wie die Arbeitslosenbeihilfe und die Invalidenhilfe sollen teilweise gekürzt, teilweise gestrichen werden. Begründung der Gewerkschaftsbonzen: Die IG Druck und Papier sei keine Versicherung, sondern eine Kampforganisation. Nun ja — Kampforganisation schon; allerdings nicht eine Kampforganisation **für**, sondern **gegen** die Arbeiter und kleinen Angestellten. Vielen Kollegen wurde das durch den 6,6%-Abschluß jetzt noch mehr bewußt.

VW erhöht die Preise

Um durchschnittlich 3,9% hat der VW-Konzern seine Preise erhöht. Inzwischen haben auch Ford und Opel Preiserhöhungen angekündigt.

Jedes Frühjahr das gleiche Spiel. Diese Mafia nutzt ihre marktbeherrschende Stellung, um kräftig aufzuschlagen. Einer machte den Vorreiter, die anderen ziehen nach. Letztes Jahr war es Ford, jetzt ist es VW. Noch vor einem Monat hatte das Bundeskartellamt in einem Brief an Opel, Ford und VW davon gesprochen, daß Preiserhöhungen nicht gerechtfertigt seien und entsprechende Maßnahmen angedroht. Die VW-Kapitalisten hatten darauf geantwortet, der Konzern werde sich an „seiner sozialen Verantwortung orientieren". Die Tatsachen allerdings haben wieder gezeigt: Für die Monopole gibt es nur einen Orientierungspunkt, den Profit.

Und das Kartellamt? Die Herren ließen verlauten: „Da die von VW vorgenommene Preiserhöhung von durchschnittlich 3,9% nicht offensichtlich mißbräuchlich ist, sieht das Bundeskartellamt vom Erlaß einer einstweiligen Untersagungsanordnung ab." Das macht deutlich, was es mit der angeblichen Kontrollfunktion des Kartellamts auf sich hat. Diese Behörde steht genauso im Dienst der Bourgeoisie, ist ein Instrument zur Sicherung ihrer Profite wie der gesamte Staatsapparat.

Und auch der VW-Konzern läuft ja bekanntlich unter staatlicher Regie. In seinem Aufsichtsrat sitzt neben Vertretern der Bundesregierung auch der IGM-Bonze Loderer. Sie alle haben der Preiserhöhung zugestimmt aus „sozialer Verantwortung", versteht sich. Als aber vor zwei Monaten in den Metallbetrieben von den Kollegen Forderungen zur Sicherung des Reallohns aufgestellt wurden, da war das nicht vereinbar mit der „wirtschaftlichen Vernunft". Da wurde mit Hilfe des reaktionären IGM-Apparats der 6,9%-Lohnraubabschluß durchgezogen.

Die Bourgeoisie bedient sich ihres Staates genauso wie des DGB-Apparats, um auch in der Krise ihre Profite zu erhöhen und alle Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen. Wenn die modernen Revisionisten der D„K"P angesichts zunehmender Preissteigerungen, angesichts des weiteren Abbaus der Reallöhne Preisstopp-Gesetze und Mitbestimmung propagieren, dann ist das nichts als Betrug an den Werktätigen, der Versuch, sie vom einzigen Ausweg aus der Krise, der sozialistischen Revolution abzulenken.

Opel-Betriebsrat für Siebenstundentag?

Täuschungsmanöver eines Arbeiterverräters

Bei Opel in Rüsselsheim fand in der vergangenen Woche die Belegschaftsversammlung statt. Die Versammlung, an der sich zeitweise zehntausend Werksangehörige beteiligten, stand im Zeichen der verschärften Ausbeutung im Opel-Konzern. Mit Hilfe von Sonderschichten und erhöhten Bandgeschwindigkeiten hatten die Opel-Bosse die Produktion um Zehntausende von Autos gesteigert, ohne durch Neueinstellungen die Belegschaft dementsprechend zu erhöhen. Kein Wunder, daß die Konzernbilanzen für 1976 einen Reingewinn von 700 Millionen ausweisen, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 500 Prozent bedeutet. Und schon in den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden wieder sechs Sonderschichten verfahren, während noch vier weitere bis zur Jahresmitte vorgesehen sind. Wie gewöhnlich erteilte der Betriebsrat, der ein Lakai der Opel-Kapitalisten ist, dazu seine Zustimmung. In dieser Situation zogen Vertreter des KBW eine Resolution aus der Tasche, die an den Gewerkschaftstag der IGM im September dieses Jahres gerichtet ist. Inhalt: Die IGM soll sich für die Forderung nach Herabsetzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden pro Tag bzw. 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich einsetzen.

Zweifellos ist die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden am Tag bei vollem Lohnausgleich eine richtige und wichtige Forderung. Der Kampf dafür ist im Interesse der Arbeiterklasse, denn durch Rationalisierung und verschärfte Arbeitshetze wurde die Ausbeutung in den vergangenen Jahren enorm verschärft. Die Arbeitskraft des Proletariers wird heute in den Knochenmühlen der Kapitalisten intensiver denn je ausgepreßt. Der Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit ist deshalb ein wichtiger Hebel, um gegen die zunehmende Verelendung anzukämpfen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden am Tag bzw. 35 Stunden in der Woche würde auch die Möglichkeiten der Arbeiter verbessern, sich im Kampf gegen das Kapital zusammenzuschließen und den Kampf gegen dieses Ausbeutersystem verstärkt zu organisieren.

Es muß doch jeden Kollegen stutzig machen, daß auf der Belegschaftsversammlung bei Opel in Rüsselsheim ausgerechnet der Betriebsratsvorsitzende Heller, der den Opel-Bossen kurz davor gerade seine Zustimmung zu weiteren Sonderschichten gegeben hat, nichts Eiligeres zu tun hatte, als sich hinter die KBW-Resolution zu stellen. Ausgerechnet Heller setzte sich dafür ein, daß diese Resolution am Ende der Versammlung mit einer Abstimmung angenommen wurde. Heller verkündete sogar noch nachdrücklich, er selbst werde im September auf dem IGM-Gewerkschaftstag einen entsprechenden Antrag aufs Tapet bringen. Offensichtlich ging es Heller darum, mit einem heuchlerischen Lippenbekenntnis zum Kampf für den Siebenstundentag vom Kampf gegen die Sonderschichten bei Opel und von seinem üblen Verrat in dieser Sache abzulenken.

Aber das Verhalten Hellers hat noch einen anderen Haken. So richtig die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich an sich ist, so demagogisch und falsch ist es andererseits, wenn man den Kollegen Hoffnungen zu machen versucht, sie könnten sich dabei auf den reaktionären DGB-Apparat stützen.

Haben denn die Arbeiter in den vergangenen Jahren nicht immer wieder die Erfahrung gemacht, daß der DGB-Apparat ihre Interessen ständig verrät, daß er den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung systematisch sabotiert? Man braucht nur an die Abwiegeleien der Bonzen in den Tarifrunden und an ihre Lohnraubabschlüsse zu denken. Der KBW will verhindern, daß die Arbeiterklasse sich über diesen Feind in den eigenen Reihen Klarheit verschafft.

Die ganz spezielle Zielrichtung der KBW-Resolution liegt doch darin, Illusionen zu nähren über eine angeblich in den DGB-Gewerkschaften existierende innergewerkschaftliche Demokratie. Es sollen Erwartungen unter den Kollegen an den bevorstehenden Gewerkschaftskongreß der IGM geweckt werden. Wenn der KBW den Arbeitern und kleinen Angestellten weismachen will, man könnte die DGB-Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus machen, indem man einige „rechte Gewerkschaftsführer" abwählt, so nützt das nur den Feinden der Arbeiterklasse. In Wahrheit ist das alles Betrug. Die Tatsachen zeigen, daß die einfachen Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften keinerlei wirkliche Rechte haben, daß jeder, der gegen die arbeiterfeindliche Politik der Bonzen konsequent und aktiv opponiert, aus der Gewerkschaft geworfen oder sonst irgendwie mundtot gemacht werden soll. Ehrliche, klassenbewußte Kollegen haben praktisch keine Chancen, als Delegierte auf einen Gewerkschaftskongreß zu kommen.

Sicherlich lassen die Gewerkschaftsbonzen es zu Täuschungszwecken zu, daß auch einige Anträge auf den Gewerkschaftstagen zur Sprache kommen, die richtige und gute Forderungen zum Inhalt haben. Solche Anträge werden in der Regel „als Material dem Vorstand zur Bearbeitung überwiesen", was nichts anderes bedeutet, als daß sie in der Versenkung verschwinden. Auch die Forderung nach der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ging schon einmal genau diesen Weg. Sie wurde bereits auf dem letzten IGM-Kongreß vor drei Jahren aufs Tapet gebracht und „an den Vorstand überwiesen". Loderer und Co. ließen diesen Antrag in den Akten verstauben mit der Begründung: Arbeitszeitverkürzung könnte auch durch Verlängerung des Tarifurlaubs erreicht werden.

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum die Vertreter des DGB-Apparats und die Revisionisten jetzt immer wieder die Losung der Arbeitszeitverkürzung im Munde führen. Angesichts dessen, daß durch das Anhalten der Massenarbeitslosigkeit und durch immer neue Meldungen über Massenentlassungen zunehmend mehr Werktätige die Frage nach dem Ausweg aus dieser Misere stellen, wird Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit propagiert.

Diese Propaganda soll die Menschen darüber hinwegtäuschen, daß der Kapitalismus mit keinerlei Reformen von dem Grundübel der Massenarbeitslosigkeit geheilt werden kann.

Solange die breiten Massen des arbeitenden Volkes sich noch wie an einen Strohhalm an die Hoffnung klammern, die Mißstände und Krankheiten des kapitalistischen Systems könnten auf „friedlichem Weg" durch Reformen beseitigt werden, kann die Bourgeoisie den Kampf gegen diese Ausbeuterordnung noch eindämmen. Wenn diese Illusionen jedoch zerbröckeln, was letztlich unvermeidlich ist, bedeutet das, daß Millionen Werktätige sich zum Kampf erheben für den gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Systems durch die sozialistische Revolution.

Die Vertreter des DGB-Apparats und Arbeiterverräter wie Betriebsratsbonze Heller werden auch den Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich mit allen Mitteln sabotieren und abwürgen, wenn es darauf ankommt. Um die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen, muß der heftige Widerstand der Kapitalisten und ihrer Lakaien durch machtvolle revolutionäre Kämpfe der Arbeiterklasse gebrochen werden. Das ist nur möglich, wenn man einen klaren Trennungsstrich gegenüber dem DGB-Apparat und allen Arbeiterverrätern, die die Massen vom Kampf gegen das kapitalistische System abhalten wollen.

Werner Adomatis wieder frei



Werner Adomatis aus Westberlin ist wieder frei. Neun Tage lang hatte die Klassenjustiz den Genossen in U-Haft gehalten, nachdem die Polizei ihn bei einer Protestaktion gegen das Schahregime brutal zusammengeschlagen und erheblich verletzt hatte. Werner hat deswegen Strafanzeige wegen versuchten Totschlags erstattet. Als Reaktion darauf log die Polizei, Werner, der vollständig unbewaffnet war und sich mit bloßen Händen gegen die Polizeischläge schützte, habe einem Polizisten mit einer Stahlrute über den Kopf geschlagen. Auch jetzt, nach seiner Freilassung, besteht der Haftbefehl gegen Werner weiter. Er muß sich zweimal wöchentlich bei der Polizei melden und mit einer Anklage wegen schwerer Körperverletzung und Landfriedensbruch rechnen. Um den Genossen freizukämpfen, fanden in Westberlin eine Reihe Aktionen statt. Unser Bild zeigt eine Demonstration, die am 28. 3. stattfand. Für den 31. 3., den Tag des Haftprüfungstermins war eine zweite Demonstration angemeldet. 2.000 Teilnehmer wurden der Ordnungsbehörde angekündigt. Zu dieser Demonstration kam es dann nicht mehr. Werner wurde vorher freigelassen.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Atom-Forum in Mannheim

Vom 29. März bis 1. April fand in Mannheim das Deutsche Atomforum 1977 statt. Eine Tagung, an der fast 2.000 Kernkraftwerksfachleute aus Betrieben wie RWE, KWU, BBC, vom TÜV sowie von Universitäten usw. teilnahmen. Auch Wirtschaftsminister Friderichs und der Mannheimer Oberbürgermeister Ratzel waren zeitweise anwesend.

Welche Angst diese Herren, die hinter verschlossenen Türen Verbrechen gegen das Volk planten, hatten, sah man daran, daß die Tagungsstätte, der Mannheimer Rosengarten, Tag und Nacht von starken Polizeikräften bewacht wurde. Bereits am 29. 3. fand in der Mannheimer Innenstadt eine Kundgebung statt, zu der 15 Bürgerinitiativen aus dem Rhein-Main-Neckar-Raum aufgerufen hatten. An ihr nahmen ca. 300 Menschen teil. Genossen der Partei und der ROTEN GARDE verkauften Zeitungen und andere Literatur, darunter drei Programme.

Am Freitag, den 31. 3. lud das Atomforum zu einem sogenannten „Bürgerforum Atomenergie" unter dem Motto „Bürger fragen — Fachleute antworten" ein. Zehn Herren der Atommafia hatten sich auf dem Podium versammelt und erklärten, sie seien bereit, den ca. 1.500 Versammelten Fragen zu beantworten. Zu ihrem Schutz hatten sie ein riesiges Polizeiaufgebot mit Reiterstaffeln herbestellt. Die Zivilspitzel traten sich gegenseitig auf die Füße. Die Herren hatten sich die Sache so vorgestellt, daß die Versammelten wie die dummen Schuljungen ihre Fragen stellen, und sie, die Fachleute, mit Hilfe von einem Sack Zahlen beweisen, daß 1. ohne Atomenergie die Steinzeit wiederkommt und 2. die Atomenergie die sicherste Sache der Welt sei. Da hatten sie allerdings Pech. Fast alle Fragen kamen von Kernkraftwerksgegnern. Mit allerlei Tricks versuchten die Atomherren dies zu verhindern. So stellten sie die Saalmikrophone ab mit der Begründung, die Frager wollten ja bloß Erklärungen abgeben, anstatt zu fragen. Mal taten sie so, als hätten sie die Frage nicht richtig verstanden und erteilten schnell einem anderen Zuhörer das Wort.

Immer wieder wurde die Veranstaltung von Parolen gegen Kernkraftwerke unterbrochen und besonders starker Beifall kam auf, als direkt vor dem Podiumstisch ein großes Transparent mit der Aufschrift „Kein Kernkraftwerk im Rhein-Main-Neckar-Gebiet" entrollt wurde. Den Herren auf dem Podium wurde es ziemlich mulmig. Sie meinten plötzlich, an den Saalmikrophonen, hinter denen sich bereits Schlangen gebildet hatten, seien ja nur Kernkraftswerksgegner versammelt, sie wollten aber lieber mit Befürwortern von KKWs diskutieren. Dann zeigten sie auf einen Mann im Saal und sagten, der sähe so aus, als ob er einen sachlichen Beitrag leisten wolle und erteilten ihm das Wort.

Durch solches Verhalten gaben die Veranstalter ein Musterbeispiel für bürgerliche Demokratie und vielen der Zuhörer wurden wirklich die Augen geöffnet. Nach zwei Stunden wurde die Veranstaltung dann vorzeitig abgebrochen.

Nach der Veranstaltung hielt die GRF eine Kundgebung ab, auf der Prof. Jens Scheer sprach. Scheer meinte, das eigentlich Gefährliche am Atomprogramm der Regierung sei die Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus und rief dazu auf, den westdeutschen Imperialismus bei seiner Ausplünderung der Entwicklungsländer zu unterstützen. Das ganze nannte er auch noch „Dialog mit der dritten Welt". Er wurde allerdings von den anwesenden Genossen der Partei und des KBW niedergebrüllt.

Türkische Kinder in Münster

Ergänzung zu dem Artikel „Türkische Kinder in Westberlin: Analphabeten in zwei Sprachen", RM Nr. 12, S. 12

Während die Kinder in Westberlin-Kreuzberg und -Wedding keinen türkischen Unterricht bekommen, ist es in Münster so, daß die Schüler mindestens ein- bis zweimal die Woche zum heimatsprachlichen Unterricht gehen müssen. Das aber ist auch keine Lösung. Es bedeutet, daß die Schüler durch Deutschunterricht am Morgen und Türkischunterricht am Nachmittag überlastet werden und weder den Anforderungen der deutschen Schule, z. B. in bezug auf Hausaufgaben noch den Anforderungen der heimatsprachlichen Schule gerecht werden können. Auch diese Regelung bedeutet für die Kinder somit, daß sie zu Analphabeten in zwei Sprachen werden. Einmal abgesehen davon, daß nicht mehr viel Freizeit für die Kinder übrig bleibt. In Kreuzberg und in Wedding fordern die Eltern für ihre Kinder türkischen Unterricht und kämpfen gegen die Zwangsintegration. Das ist natürlich ein gerechter Kampf.

Es ergeben sich aber weitere Probleme. Es ist z. B. bekannt, daß die Einstellung der ausländischen Lehrer in Übereinstimmung mit den ausländischen Vertretungen erfolgt. Das bedeutet bei einem faschistischen Staat wie der Türkei, daß über diese regierungstreuen Lehrer Schüler und Eltern im Sinne des Faschismus beeinflußt, bespitzelt und unter Druck gesetzt werden sollen.

So fordert die türkische Regierung in der Tageszeitung „Milliyet" vom 25. 5. 72 für die türkischen Kinder in der DBR türkische Grundschulen, damit sie dort „das Nationalgefühl, die Heiligkeit des Vaterlandes und Fahnenliebe . . . verstehen und verinnerlichen." Mit anderen Worten, sie sollen im Sinne des Faschismus in der Türkei erzogen werden.

All das zeigt, daß die Situation der türkischen Kinder auch durch nationalsprachliche Schulen nicht grundlegend verändert werden kann. Ihre miserable Situation fängt dort an, wo die türkischen Familien durch den Imperialismus und das faschistische Regime in der Türkei gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen und ihre Arbeitskraft an die westdeutschen Imperialisten zu verkaufen. Erst die Revolutionen, sowohl in der Türkei als auch in Westdeutschland wird ihre Lage grundlegend ändern können.

Rot Front! Eine Genossin aus Münster.

„Wir werden auch in Zukunft den Revisionisten keinesfalls das Feld überlassen!"

Am 12. 3. 77 demonstrierten in München 2 500 Schüler gegen die ständige Verschlechterung der Ausbildung in allen Schulzweigen. Aufgerufen dazu hat die Landesschülervertretung. Diese Organisation, die von den Schulsprechern eines Teils der bayrischen Schulen gewählt worden ist, ist stark von der revisionistischen SDAJ unterwandert. Sie stellten sich an die Spitze, sorgten für eine ruhige, entspannte Atmosphäre, indem sie ihre „Songgruppe" auffuhren, die nach typischer D„K"P-Manier Rock-Rhythmen mit scheinradikalen Phrasen mischte, mobilisierten für diese Demonstration nur an einigen Schulen und verbreiteten den Unsinn, die Bildungsmisere verschwände durch den Rücktritt des Kultusministers. „Maier muß weg!" forderten die Revisionisten, um von der Ursache für Einsparungen im Bildungswesen, Lehrerarbeitslosigkeit, Schulstreß, Jugendarbeitslosigkeit und politische Unterdrückung in der Schule abzulenken: dem Kapitalismus.

Die ROTE GARDE München schaute bei diesem Betrug nicht zu, sondern diskutierte mit den Jugendlichen, wobei sich zeigte, daß viele die hinterfotzigen Methoden der SDAJ verurteilten, verteilte Probenummern der „Rote-Garde-Zeitung", verkaufte 16 RG-Zeitungen und 6 „Rote Morgen". Angesichts des Interesses der Jugendlichen verzichteten die Revis auf tätliche Angriffe (das wäre ihnen aber auch nicht gut bekommen). Wir werden auch in Zukunft den Revisionisten keinesfalls das Feld überlassen, sondern den Einfluß der SDAJ auf die Jugend weiter bekämpfen.

Rot Front! ROTE GARDE München.

Spenden

Im März gingen folgende Spenden auf das Konto des „Roten Morgen" ein:

3.3.	J. T., Westberlin	20,00
7.3.	RM-Lesekreis München	35,80
7.3.	A. R., Würzburg	50,00
9.3.	unbekannt	10,00
11.3.	Griechische Kollegen aus Dortmund	7,50
15.3.	Gen. aus Bochum	5,00
17.3.	A. W., Freiburg	18,67
29.3.	Arbeitertreff Hamburg-Barmbeck	54,00
	gesamt	**220,97**

Die Bundeswehr-eine imperialistische Aggressionsarmee

Ist die Bundeswehr eine Verteidigungsarmee? Seit ihrem Aufbau vor über 20 Jahren trommelt die regierungsamtliche Bonner Propaganda, daß die Bundeswehr angeblich keinerlei aggressive Ziele verfolge, ihre Aufgabe sich auf die „Verteidigung beschränke“. Wir werden in diesem zweiten und letzten Teil unserer Serie zeigen, daß diese Behauptungen Lügen sind. Die Bundeswehr ist eine aggressive imperialistische Armee, die die Völker Europas, im Osten und im Westen, bedroht.

32 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges verfügen die westdeutschen Imperialisten mit der Bundeswehr heute über die zweitstärkste Armee des aggressiven von den USA-Imperialisten geführten NATO-Blocks. Hier in Westeuropa ist die Bundeswehr sogar die größte Militärstreitmacht. In ihr dienen fast 700.000 Soldaten. Sie ist mit 14 Jagdbombergeschwadern, Hunderten von Raketen, über 3.700 mittleren Gefechtspanzern, über 1.100 gepanzerten Fahrzeugen, mit fast 600 modernen Kampfflugzeugen usw. usf. ausgerüstet. **Diese gewaltige Streitmacht dient keineswegs dem Frieden oder der Verteidigung unseres Landes. Sie ist eine Aggressionsarmee, um die revanchistischen und expansionistischen Träume der Krupp, Abs und Thyssen, der Ruhrmonopole und Bankmagnaten Wirklichkeit werden zu lassen.**

Sofort nach dem zweiten Weltkrieg setzten die geschlagenen deutschen Imperialisten alles daran, die Ergebnisse des Krieges wieder rückgängig zu machen. Systematisch und zielstrebig planten sie die „Revanche“. Ihre Ziele deckten sich mit denen der USA-Imperialisten, die zur führenden imperialistischen Macht aufgestiegen waren und sich die ganze Welt unterwerfen wollten. Die amerikanischen Imperialisten machten Westdeutschland zum Aufmarschgebiet gegen das damals noch bestehende sozialistische Lager mit der Sowjetunion an der Spitze, spalteten Deutschland, päppelten den deutschen Imperialismus wieder auf und förderten und unterstützten den Aufbau einer neuen deutschen imperialistischen Aggressionsarmee als Nachfolgerin der zerschlagenen Hitlerwehrmacht. Im Rahmen der NATO sollte diese Armee eine der Kerntruppen bei einem imperialistischen Aggressionskrieg gegen die sozialistischen Länder sein. In diesem Rahmen verfolgten die deutschen Imperialisten aber auch von Anfang an ihre eigenen Ziele. Wie diese aussahen, zeigen die folgenden zwei Zitate, die zugleich belegen, daß das Gerede von der Verteidigungsarmee nur Demagogie war und ist, um den Völkern Sand in die Augen zu streuen.

1956 erklärte der damalige Bonner Außenminister Brentano: *„Wir sind für die Politik der europäischen Integration in zwei Etappen. In der ersten Etappe werden die Gebiete bis zur Elbe integriert und wenn man stark genug ist, werden die Gebiete jenseits der Elbe bzw. Oder integriert.“* Und sein Chef Adenauer fügte hinzu: *„Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird.“* Es ist klar, daß das alles andere als die Sprache von Friedensfreunden ist. So sprechen imperialistische Kriegstreiber, die einen Revanchekrieg planen.

Niemals seitdem haben die westdeutschen Imperialisten ihre revanchistischen Gelüste aufgegeben. Im Gegenteil. Sie erkennen die Grenzen Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg nicht als rechtmäßig an. Dabei haben die westdeutschen Imperialisten auch die Absolution des sowjetischen Sozialimperialismus und der anderen revisionistischen Länder in der Tasche, die ihm in den Verträgen, die sie mit ihm abgeschlossen haben, nicht einmal die Anerkennung der Grenzen abverlangten, so daß er sich mit ihrer formalen Respektierung begnügen konnte. Die westdeutschen Imperialisten weigerten sich sogar, das berüchtigte Münchner Abkommen von 1938 als von Anfang an ungültig anzuerkennen. So nutzen sie die Rivalität der beiden Supermächte aus, von denen sich jede bemüht, sie auf ihre Seite zu ziehen und treten noch anmaßender auf. Es ist noch gar nicht lange her, da erklärte Kanzler Schmidt: *„Die Bundesrepublik ist natürlich eine Weltmacht und ihre Bedeutung unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der der USA.“* Und solche Töne kann man immer öfter hören.

Ohne zu zögern, spielen die westdeutschen Imperialisten den Trumpf ihrer wirtschaftlichen Stärke aus. In der EWG sind sie bereits der Hauptgläubiger der anderen imperialistischen Mächte und versuchen ihnen ihren Willen aufzuzwingen. Der Kapitalexport der westdeutschen Monopole steigert sich von Jahr zu Jahr. Auf der politischen Weltbühne sind sie dabei, sich mehr und mehr überall einzumischen, um ihre Interessen wahrzunehmen und ihren Traum, neben den beiden Supermächten zu einer Weltmacht aufzusteigen, zu verwirklichen.

Wenn deshalb heute westdeutsche Soldaten ein Manöver nach dem anderen abhalten, wenn sie dies nicht nur im eigenen Land, sondern auch auf den Truppenübungsplätzen der NATO-Verbündeten tun, wenn die Zahl der daran beteiligten Soldaten von Jahr zu Jahr größer wird, wenn wie beim Besuch des Bonner Kriegsministers Leber in Norwegen in der bürgerlichen Presse schon solche Töne angeschlagen werden, daß man prahlt, er sei dort hingereist, um Stützpunkte zu „inspizieren“ — dann ist allerhöchste Wachsamkeit geboten. **Dann zeigt sich hier, daß die Bundeswehr in diesen Ländern keineswegs irgend etwas „verteidigt“, sondern daß sie sich auf Aggressionen vorbereitet.** Die Bundeswehr wurde in der Tat aufgebaut und in den letzten Jahren in immer schnellerem Tempo aufgerüstet, um die politischen Ambitionen der westdeutschen Imperialisten mit Gewalt durch den imperialistischen Krieg durchzusetzen. Entsprechend ist sie bewaffnet, entsprechend sehen die strategischen Konzeptionen aus, nach denen sie kämpft.

Wie Genosse Ernst Aust in einer Rede 1975 gesagt hat: ***„Wie Krieg nicht gleich Krieg ist, ist Armee nicht gleich Armee. Und wie ein Huhn immer nur Eier legt und niemals Kartoffeln, kann der Kapitalismus in seinem höchsten und letzten Stadium, dem Imperialismus, immer nur eine imperialistische Armee erzeugen, niemals aber eine Armee zum Schutz, zur Befreiung des Volkes.“***

DiewestdeutschenImperialistendenken natürlich nicht im Traum an den Schutz der Werktätigen im Falle eines Krieges. Für den Aufbau und die Ausrüstung der Bundeswehr dagegen haben sie bis jetzt das Dreifache dessen ausgegeben wie einst für den Aufbau der Hitlerwehrmacht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Es gibt für die Werktätigen keine ausreichenden Atombunker. Die Schmidt, Strauß, Genscher und Co. dagegen haben ihre Regierungs- und Privatbunker und, wenn es allzu brenzlig wird, einen Düsenjet, um abzuhauen.

Die Strategie der Bundeswehr — Strategie des Angriffskrieges

Von Anfang an hieß das strategische Konzept der NATO für den Kriegsfall: „Vorwärts“. Zusammengefaßt wurde diese Strategie zunächst unter dem Namen „Vorwärtsverteidigung“ und heute, um den aggressiven Charakter dieser Strategie noch mehr zu vertuschen: „Vorneverteidigung“. Im Weißbuch 75/76 der Bundesregierung heißt es darüber: *„Vorneverteidigung verlangt, daß die NATO fähig und bereit ist, unverzüglich und schlagkräftig zu antworten. Die Reaktion der NATO muß verhindern, daß es zu einem länger andauernden Kampf auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland kommt.“* Niemand sollte sich durch die Phrasen über Verteidigung usw. täuschen lassen. Es war schon immer eine Masche der Imperialisten, einen Aggressionskrieg als „gerechten Verteidigungskrieg“ hinzustellen. Sogar Hitler inszenierte, als er den zweiten Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen vom Zaun brach, einen polnischen Scheinangriff auf den Sender Gleiwitz, um anschließend verkünden zu können: „Ab 5.45 Uhr wird zurückgeschossen.“ Betrachtet man die Strategie der „Vorneverteidigung“ genauer, wird ihr Angriffscharakter sofort deutlich:

Sie beruht auf dem massierten Einsatz taktischer Atomwaffen, um den eigenen Truppen eine Bresche freizuschießen; dem schnellen Vorstoß konzentrierter, äußerst beweglicher und mit hoher Feuerkraft ausgestatteter mechanisierter Verbände mit den Panzertruppen als Kern; das Ganze abgesichert durch den massierten Einsatz von Jagdbombern und Jagdfliegern. **Das ist nun wirklich nicht neu, sondern es ist klar erkennbar, daß hier von der NATO und der Bundeswehr die Hauptgrundsätze der Blitzkriegsstrategie der deutschen Faschisten im zweiten Weltkrieg übernommen und „modernisiert“ wurden.** Das kommt auch in den Worten des langjährigen Inspizienten der Panzertruppen der Bundeswehr, des Generalmajors a. D. Munzel klar zum Ausdruck: *„Das ungestüme Vorwärtsstürmen und die großen Erfolge der deutschen motorisierten und gepanzerten Verbände schufen einst den Begriff ‚Blitzkrieg‘. Dieser Ausdruck, der sich im zweiten Weltkrieg nur auf die Bewegung und blitzartige Erfolge bezog, könnte im Zeitalter des Atoms im tatsächlichen Sinne des Wortes Wahrheit werden.“*

Entsprechend diesen aggressiven strategischen Grundsätzen ist die Bundeswehr strukturiert und bewaffnet.

Die westdeutschen Imperialisten greifen nach Atomwaffen

Von Anfang an hatten die amerikanischen Imperialisten innerhalb der NATO das Monopol über die Atomwaffen, einen der Eckpfeiler dieser Strategie. Aber von Anfang an strebten auch die westdeutschen Imperialisten nach der Verfügungsgewalt über die Waffen, die auf dem Boden der Bundesrepublik lagern, nach den Kenntnissen und Verfahren, um selbst Atomwaffen herstellen zu können. Das begann mit den Forderungen des ehemaligen Kriegsministers Strauß, die Bundesregierung an der Verfügung über die Atomwaffen zu beteiligen. Inzwischen haben die westdeutschen Imperialisten durch eine Reihe von geheimen Verträgen mit den amerikanischen Imperialisten und der NATO ihr Ziel in dieser Hinsicht wenigstens zum Teil erreicht. Aber mehr noch. **Obwohl die Bundesrepublik offiziell nicht über Kernwaffen verfügt, hat sie mit Hilfe des amerikanischen Imperialisten nicht nur die technologische Fähigkeit erhalten, sie zu produzieren, sondern die westdeutschen Imperialisten sind auch zum Exporteur von Atomwaffen geworden.** Bei den Atomverträgen mit den brasilianischen Faschisten, der Lieferung nuklearer Technologie an die südafrikanischen Rassisten usw. geht es nicht in erster Linie um die „friedliche Nutzung der Kernenergie“, sondern um militärische Zusammenarbeit. Die Atomindustrie der Bundesrepublik sei, so prahlte Bundeskanzler Schmidt vor kurzem vor den Technikern der DESY-Anlage für atomare Grundlagenforschung, inzwischen eine der besten und entwickeltsten der Welt. Der rasche Bau von Kernkraftwerken ohne Rücksicht auf Verluste dient auch militärischen Zwecken.

Die Panzerverbände — aggressive Kerntruppe der Landstreitkräfte

Entsprechend der oben beschriebenen aggressiven NATO-Strategie spielen die Panzerverbände der Bundeswehr eine entscheidende Rolle. Sie sind der Kern der Landstreitkräfte der Bundeswehr. Ihrem Aufbau, ihrer Verbesserung wurde von Anfang an die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Heute verfügt die Bundeswehr über eine der modernsten und stärksten Panzertruppen der Welt. Die von den westdeutschen Rüstungskonzernen produzierten „Leopard I“ und „Leopard II AV“ übertreffen alle ihre imperialistischen Konkurrenten in Ost und West. Daß die Panzerverbände der Bundeswehr in erster Linie für den Angriffskrieg und nicht für die Verteidigung gedacht sind, hat der amerikanische Generalstabschef Wheeler schon 1964 zugegeben. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 17. 12. 1964 bezieht sich der Militärexperte der Zeitung, Adelbert Weinstein, auf einen Ausspruch Wheelers und schreibt: *„Wie wir Deutschen allerdings das Problem lösen wollten, unsere gepanzerten und mechanisierten Divisionen, die eigentlich für den Angriff ausgerüstet und gegliedert seien, für die Abwehr einzusetzen, also in Erwartung des ersten Schlages, sei allein unsere Sache.“*

Beim Aufbau der Panzerverbände legten die westdeutschen Imperialisten von Anfang an das Schwergewicht darauf, sie für einen Angriffskrieg zu strukturieren und auszurüsten. So wurden ab 1959 die mechanisierten und alle anderen Teile der Landstreitkräfte zu sogenannten Kampftruppen zusammengefaßt, eine Entwicklung, die heute mit der Brigade 80 ihren vorläufigen Abschluß erreicht hat. Bei der Brigade 80 handelt es sich um einen kleinen, beweglichen Kampfverband mit Panzern als Kern, dessen Aufgabe der schnelle Vorstoß ist. Das Manöver „Großer Bär“, das im letzten Jahr abgehalten wurde, hatte gerade zum Ziel, den Einsatz und die Koordinierung solcher Verbände, ihre Konzentration, ihre Zusammenarbeit mit den anderen Teilstreitkräften — also nicht hauptsächlich die Verteidigung, sondern den Angriff — zu üben. Entsprechend der Strategie des Angriffskrieges wurden die Panzerverbände der Bundeswehr seit 1962/63 vor allem im Hinblick auf die Erhöhung ihrer Feuer- und Stoßkraft (der Schnelligkeit) aufgerüstet. Das Ergebnis war die Entwicklung der Panzer Leopard I und II AV.

Erreicht schon der Leopard I eine ungedrosselte Geschwindigkeit von 80 km/h, so liegt die des Leopard II AV noch höher. Beide Panzer sind mit einer vollelektronischen Schießstabilisierungsanlage ausgerüstet, die es ihnen gestattet, in voller Fahrt zu schießen und auch zu treffen. Der Leopard II AV ist zudem mit der schwersten Kanone der Welt, Kaliber 120 mm ausgerüstet, verfügt also über eine hohe Feuerkraft. Dazu kommt, daß die Leopardpanzer so konstruiert sind, daß sie sowohl bei großer Hitze als auch bei arktischer Kälte (bis zu minus 40 Grad) voll funktionsfähig sind. Die westdeutschen Imperialisten denken also ganz offensichtlich nicht daran, ihre Panzertruppe nur in unseren Breiten einzusetzen. Und noch etwas. Entsprechend der Strategie, mit taktischen Atomwaffen Breschen zu schlagen und die Panzer nachstoßen zu lassen, schreibt die Zeitschrift „Wehrkunde“ 10/65 über den damals noch in der Planung begriffenen Leopard: *„Schließlich ist es kein Geheimnis, daß der Panzer in nuklear verseuchtem Gebiet operieren und seiner Besatzung einen beachtlichen ABC-Schutz bieten soll.“*

Nieder mit der Bundeswehr!

Nimmt man alles zusammen: die Strategie, die Struktur und die Bewaffnung der Bundeswehr — auch bei den anderen Teilstreitkräften liegt der Schwerpunkt der Bewaffnung auf den aggressiven Waffen, erwähnt sei nur die Luftwaffe mit dem Starfighter und jetzt Phantom und MRCA — so ist sie auf den Angriffskrieg, auf eine imperialistische Aggression ausgerichtet. **Die Bundeswehr ist eine imperialistische Aggressionsarmee und das kann auch gar nicht anders sein.** Mit der Verschärfung der Rivalität zwischen den beiden Supermächten und den von ihnen geführten aggressiven Militärblöcken, der NATO und dem Warschauer Pakt, mit der wachsenden Stärke der westdeutschen Imperialisten ist die Bundeswehr vor allem in den letzten Jahren in wahnwitzigem Tempo aufgerüstet worden. Der Bundeshaushalt dieses Jahres zeigt, daß die Kriegsmaschine der Bonner Revanchisten weiter verstärkt wird. Der Rüstungsetat wurde erneut auf über 32 Milliarden DM (offiziell) gesteigert und liegt jetzt 30% über dem von 1970. Für den Leopard II werden allein 4,5 Milliarden DM ausgegeben.

Das alles zeigt, daß die westdeutschen Imperialisten, auch wenn sie sich nicht mit den beiden Supermächten messen können, keineswegs zahm oder friedlich geworden sind. Als Verbündete des amerikanischen Imperialismus und als Mitglied der NATO verfolgen sie ihre eigenen imperialistischen aggressiven Ziele. Für die Verwirklichung dieser Ziele ist die Bundeswehr da. Wer den Klassencharakter der Bundeswehr verwischt, wer vertuscht, daß sie eine gegen fremde Völker und die Werktätigen unseres eigenen Landes gerichtete Aggressionsarmee ist, übt Verrat an den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. **Diese Interessen erfordern den entschiedenen Kampf gegen die Bundeswehr, um sie zu zersetzen, erfordern den Aufbau einer Roten Volksarmee und die Bewaffnung des Volkes, um die imperialistischen Ausbeuter und Kriegstreiber ein für allemal niederzuschlagen.**

Bauern erzwingen Manöverabbruch

Fortsetzung von Seite 1

Felder fahren würden, sie hätten auch genaugenommen gar nicht zugestimmt, vielmehr hätte ein neueingestellter Lehrling einfach einen Stempel darunter gesetzt usw.

In Wahrheit ist das alles nichts als Heuchelei! Auch für die deutschen Behörden, für den westdeutschen Imperialismus, sind die Interessen der Bauern keinen Pfifferling wert, wenn es darum geht, daß die NATO-Truppen den Krieg proben sollen! Wie ist es wohl sonst zu erklären, daß die Bundeswehr an zig Manövern teilnimmt, bei denen die Felder der Bauern genauso verwüstet werden wie hier in der Warburger Börde? Wie ist es wohl sonst zu erklären, daß wir aus unseren Steuergeldern die Rheinarmee — und somit auch ihre Manöver — wie auch die US-Truppen mitfinanzieren? Daß immer wieder für Truppenübungsplätze der NATO-Truppen Bauern enteignet werden, daß da, wo es Widerstand gegen solche Truppenübungsplätze gibt, deutsche Polizei gegen die Demonstranten vorgeht, deutsche Klassengerichte sie verurteilen wie etwa in Nordhorn?

Daß in Großeneder die Polizei, die ebenfalls am Ort der Aktion erschien, nicht aktiv gegen die Bauern einschritt und sich darauf beschränkte, Gewaltlosigkeit zu predigen, liegt einzig und allein daran, daß die deutschen Behörden einerseits überrascht wurden und andererseits weder die Rheinarmee noch die deutschen Behörden angesichts der großen Empörung in der gesamten Gegend den Konflikt auf die Spitze treiben wollten. Denn diese Gegend ist traditionelles Manövergebiet. Rund 100 Militärübungen finden dort im Jahr statt. Allein bis zum Juni dieses Jahres sollen 18 weitere Militärübungen dort abgehalten werden!

Wie sehr man fürchtet, daß die Aktion der Bauern in der Warburger Börde ein Funke sein könnte, der einen Steppenbrand auslöst, zeigt sich nicht nur in den Spalten der Lokalpresse, wo bereits erschreckt gefragt wird, ob man nun auch hier mit „Bürgerinitiativen“ bzw. „Anarchisten“ zu rechnen habe. Es zeigt sich vor allem daran, daß die gesamte bürgerliche Presse versuchte, diese Aktion, den erzwungenen Abbruch einer Militärmanövers, totzuschweigen. Nun, die Werktätigen werden sich ihr Teil dabei denken und diese Aktion als das werten, was sie ist: ein Beispiel, das Schule machen sollte.



Der Widerstand gegen die Panzer beginnt. Ein Trecker stoppt den Panzer. Bauern verstellen den Rückweg.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

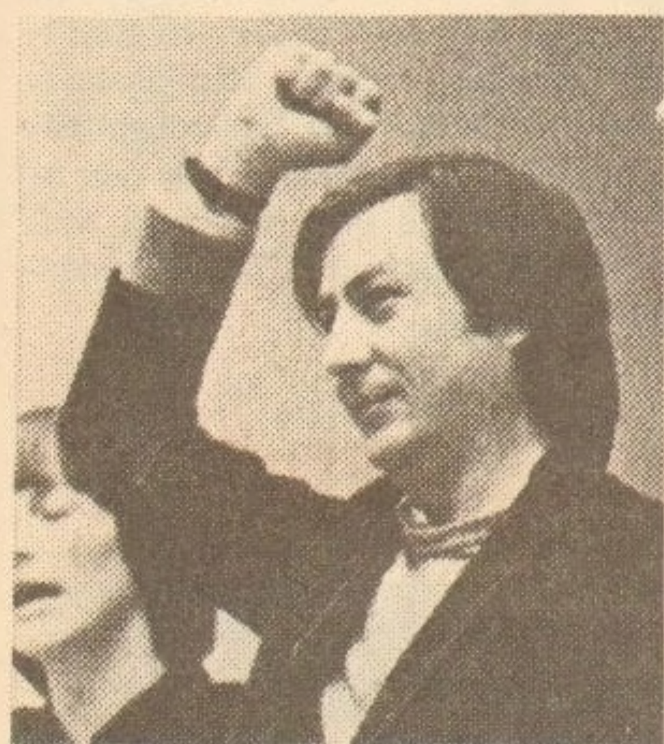
Erfolgreiche Veranstaltungen zur Unterstützung des Kampfes der RKP Chiles

In einer begeisternden revolutionären Atmosphäre haben in Frankfurt, Hamburg und Westberlin die Veranstaltungen zur Unterstützung des Kampfes der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles stattgefunden. Die Veranstaltungen festigten die Einheit zwischen unserer Partei und der chilenischen Bruderpartei und leisteten einen Beitrag für die Vertiefung der Freundschaft zwischen der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen in unserem Land und dem chilenischen Volk.

In seiner Rede ging der Vertreter der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles u. a. auf die Gründe des faschistischen Putsches vom 11. September 1973 ein. Dieser Putsch wurde von den amerikanischen Imperialisten und den reaktionärsten Kreisen Chiles organisiert, um die Kämpfe der chilenischen Massen, die zur Zeit der Regierung Allendes einen Höhepunkt erreichten, brutal niederzuschlagen und auch, um zu verhindern, daß Chile unter den Einfluß und die Kontrolle des russischen Sozialimperialismus gerät. Er wies nach, daß die modernen Revisionisten mit ihrer pazifistischen Propaganda zum Komplizen des Putsches geworden waren.

Der Genosse berichtete weiter über den wachsenden Widerstand des chilenischen Volkes gegen den USA-Imperialismus und die faschistische Diktatur, über die Organisierung der illegalen Widerstandskomitees, die zahlreichen kleineren Streiks und Sabotageakte und über das Wachsen der von der Partei geführten „Front des Volkes". Die RKP Chiles orientiert alle diese Kämpfe darauf, dem Volk die Notwendigkeit des bewaffneten Sturzes der Diktatur, des revolutionären Volkskrieges zu erläutern. Gegen die revisionistische und opportunistische Propaganda erklärt sie, daß sich das chilenische Volk im Kampf gegen die eine Supermacht nicht auf die andere stützen kann, sondern auf seine eigenen Kräfte vertrauen muß, um sich zu befreien.

Auf den Veranstaltungen, die insgesamt von über 1.000 Menschen besucht waren, wurden für die Unterstützung des Kampfes der RKP Chiles über 4.800 DM gesammelt.



Die Rede des chilenischen Genossen wurde immer wieder von Parolen und Beifall unterbrochen.



Zu der Veranstaltung in Frankfurt waren ca. 250 Personen gekommen.

Spendet zur Unterstüzung des Kampfes der RKP Chiles auf die Konten:
Stadtsparkasse Dortmund
Nr. 321 004 — 547,
Vorstand der KPD/ML
und
PSchKto 64 20 — 467
PSchA Dortmund
KPD/ML-Spendenkonto
Stichwort: Chile

Soeben erschienen:

DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE WELTBEWEGUNG WÄCHST UND ERSTARKT 7

FÜR DIE EINHEIT DES VOLKES ZUM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS UND ZUM STURZ DER DIKTATUR

Dokumente zum Kampf der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles

VERLAG ROTER MORGEN

Inhalt: • Gemeinsame Erklärung der RKP Chiles und der KPD/ML; • 10. Jahrestag der Gründung der RKP Chiles; • Volkseinheit zum Kampf gegen den Imperialismus und zum Sturz der Diktatur; • Interview mit einem leitenden Mitglied der RKP Chiles.

80 Seiten, Preis DM 3,—
Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 11 16 49, 2000 Hamburg 11

Der II. Parteitag der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) erfolgreich abgehalten

Wie die Zeitung „Bandeira Vermelha", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) — PCP (R) — mitteilt, wurde vor kurzem der II. Parteitag der PCP (R) erfolgreich abgeschlossen.

Der Parteitag fand in einer begeisternden revolutionären Atmosphäre statt. Nach einer ausführlichen Diskussion verabschiedete der Parteitag einmütig eine politische Resolution, die Statuten und den Bericht des Zentralkomitees der Partei. Zum Abschluß des Parteitages wählten die Delegierten das neue Zentralkomitee der Partei. Mit großer Begeisterung und tiefbewegt hörten die Delegierten die Grußadresse des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens an den Parteitag.

In seiner Rede vor dem Parteitag hob Genosse Eduardo Pires die großen Erfolge hervor, die die Partei seit ihrer Gründung errungen hat. In der kurzen Zeit ihrer Existenz gelang es der Partei, eine richtige marxistisch-leninistische Linie für die Revolution in Portugal auszuarbeiten, ihre Reihen zu revolutionieren und sich tiefer in den Massen zu verankern. Er betonte, daß jetzt vor der Partei die Aufgabe steht, sich tiefer in den Massen zu verankern und den Kampf für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und für das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern zu verstärken. In diesem Kampf müssen den revisionistischen Verrätern die Schläge versetzt werden, die sie verdienen.

Der II. Parteitag der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) ist ein wichtiger Markstein im Kampf der Partei und des ganzen portugiesischen Volkes gegen die reaktionäre Bourgeoisie, den amerikanischen und die westeuropäischen Imperialisten, gegen alle Feinde des Volkes. Wir werden in einer der nächsten Ausgaben ausführlicher auf den Parteitag der PCP (R) zurückkommen.

Grußbotschaft der Kommunistischen Partei Kolumbiens/ML zum III. Parteitag der KPD/ML

Kolumbien, 15. März 1977

Liebe Genossen:

Empfangt unseren heißen Gruß zusammen mit dem Wunsch, daß weitere Erfolge in Eurer Arbeit und in unserer gemeinsamen Sache folgen werden.

Wir haben es aufrichtig bedauert, daß wir nicht an der Abschlußveranstaltung Eures Parteitages teilgenommen haben, zu der wir von Euch eingeladen worden waren. Wegen unaufschiebbarer Verpflichtungen war es uns nicht möglich, diesen Termin wahrzunehmen, der von so großer Bedeutung für unsere beiden Parteien ist.

Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um Euch und durch Euch allen Genossen der Partei unsere innigsten Glückwünsche auszudrücken über die erfolgreiche Durchführung des Parteitages, sowie unserer Freude über diesen erneuten Sieg des Proletariats und der Kommunisten Deutschlands, die die Ideale von Marx hochhalten, Ausdruck zu geben. Die Treue der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus ist eine Garantie für den Fortschritt der deutschen Revolution und für die Festigkeit und die bolschewistische Härte ihrer Führer und Kämpfer, sie wird es ihr erlauben, den Klassenfeinden noch mächtigere Schläge zu versetzen. Ihr steht im direkten Kampf gegen die rückschrittlichsten Kräfte der Welt: den nordamerikanischen Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus und die einheimische Reaktion. Diese Tatsache macht Eure Erfolge noch bedeutender und gleichzeitig hilft sie Euch, sich in den härtesten Klassenschlachten zurechtzufinden und die revolutionären Kräfte zu sammeln für die endgültige Schlacht. Wir feiern zusammen mit Euch die weiteren in diesem Kampf errungenen Erfolge.

Wir grüßen Euch brüderlich!

Vereint kämpfend werden wir siegen!

Für das Zentrale Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Kolumbiens/ML

Aus aller Welt

SOZIALISTISCHE VR ALBANIEN

Am 10. März tagte das Plenum des Zentralrates des Gewerkschaftsverbandes Albaniens. Außer den Mitgliedern und Kandidaten des Plenums nahmen an der Tagung auch leitende Kader der Ministerien, geladene Gäste der Massenorganisationen, Vorsitzende der Gewerkschaftskomitees, ausgezeichnete Arbeiter und Initiatoren revolutionärer Bewegungen teil. Der Präsident des Zentralrats des Gewerkschaftsverbandes Albaniens, Rita Marko, erstattete den Bericht über die Einberufung des 8. Kongresses des Gewerkschaftsverbandes Albaniens. Die Plenartagung des Zentralrats beschloß, den 8. ordentlichen Kongreß des Gewerkschaftsverbandes Albaniens am 20. Juni 1977 in der Stadt Korça einzuberufen.

BRASILIEN

Die brasilianischen Bauern setzen trotz der Gewalt und des faschistischen Terrors im Land ihren Kampf fort. So kam es vor kurzem zwischen den Bauern und der Polizei auf einer Farm im Staat Parana zu einem bewaffneten Zusammenstoß. Dabei starb ein Bauer unter den Kugeln der Polizei. Trotzdem leisteten die Bauern Widerstand und verletzten zwei Polizisten.

EKUADOR

„En Marcha", Organ der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei Ekuadors, schreibt in einem Artikel über den Kampf der ekuadorianischen Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Rechte unter anderem: „Ungeachtet der arbeiterfeindlichen Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung haben die Streiks der Arbeiter zugenommen, besonders in den Städten Quito und Guayaquil. Diese Streiks waren von einem hohen Mobilisierungsgrad der werktätigen Massen und großer Solidarität zwischen ihnen sowie der offenen Ablehnung der Revisionisten in der Führung des Nationalen Exekutivkomitees des Verbandes der Werktätigen Ekuadors gekennzeichnet. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres nahmen die Streiks in den Gegenden Pichincha, Guaya, Esmeralda und Manabi sehr zu. Die Revisionisten organisierten eine schmutzige, arbeiterfeindliche Kampagne. Sie bezeichneten die Werktätigen, die ihre Rechte im Kampf verteidigten, als Abenteurer und nannten sie öffentlich auch Provokateure. Angesichts der Fakten und der Ereignisse haben die Grundorganisationen der Gewerkschaften und die ehrlichen Führer der Arbeiter, die sich den Behauptungen der Revisionisten und ihrer Bundesgenossen, der Trotzkisten und Sozialisten, widersetzten und sie ablehnten, ihre Einheit mit dem sich entwickelnden Kampf immer mehr gefestigt und dazu beigetragen, den Kampf auf ein höheres Niveau zu heben."

SPANIEN

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens/ML veröffentlichte kürzlich eine Erklärung, in der die Demagogie der Monarchie über eine angebliche Liberalisierung und die sogenannten neuen Normen zur Legalisierung der politischen Parteien entlarvt werden und die werktätigen Massen dazu aufgerufen werden, den Kampf fortzusetzen, als den einzigen Weg, um die Freiheit und die wahre Demokratie zu erringen. „Diese Maßnahmen", heißt es in der Erklärung, „haben nichts mit der wahren Vereinigungsfreiheit oder mit demokratischen Freiheiten für alle Völker Spaniens zu tun. Die Monarchie leugnet weiter diese Freiheiten und diese Rechte, was sie jetzt durch demagogische Legalisierung jener Parteien und Gruppierungen zu verbergen sucht, die, weit davon entfernt, sie zu beunruhigen, sogar die Festigung des Regimes der Erben Francos unterstützen und bereit sind, als überzeugte Familie an der bevorstehenden Wahlfarce teilzunehmen. Die PCE/ML wird nachdrücklich dafür kämpfen, für die Massen, die Volkskräfte und für sich selbst alle Handlungsfreiheiten und demokratischen Freiheiten zu erlangen und wird keine faschistische Regierung um ihr Bestehen und ihre legale Tätigkeit anbetteln. Unsere Partei hat mit ihrem Kampf und Blut nicht nur das Existenzrecht errungen, sondern auch das Recht, unter dem Proletariat und dem werktätigen Volk umfassend revolutionär tätig zu sein. Und das hat sie errungen in tiefster Illegalität und unter den Todesschüssen ihrer Feinde. Die Partei nutzt jede Möglichkeit der Arbeit, halblegal oder legal, aus, die ihr die Umstände gestatten, mit dem einzigen Ziel, die subjektiven und objektiven Bedingungen für die Schlachten vorzubereiten, die die Volkskräfte und die Revolutionäre gegen die finsteren Kräfte der Reaktion und des Imperialismus schlagen müssen. Das Ziel unserer Partei ist die Zerschlagung der faschistischen Monarchie durch den revolutionären Kampf der Massen, die Erringung der nationalen Unabhängigkeit und die Errichtung der föderativen Volksrepublik."

Margarita Baez in Freiheit!

Die junge revolutionäre Patriotin Margarita Baez aus Paraguay, die am 17. August des vergangenen Jahres von den Schergen des faschistischen Regimes des Generals Stroessner eingekerkert worden war, ist wieder in Freiheit! Margarita Baez war zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung im fünften Monat schwanger. Sie ist, wie ihr Bruder berichtete, im Gefängnis schwer gefoltert worden. Ihre Freilassung ist ein Sieg des Kampfes des Volkes von Paraguay und des Kampfes der Revolutionäre und Antifaschisten in der ganzen Welt, die mit den verschiedensten Mitteln die Verbrechen des Regimes Stroessner angeprangert und die Freiheit für Margarita Baez gefordert hatten.

"Klassekampen" der Spionage angeklagt

Für seinen Bericht über den NATO-Atomschlag gegen Schleswig-Holstein (vgl. RM 2/77) erhielt jetzt „Klassekampen", das Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens/ML eine Anklage wegen Spionage. Mit der Anklage wegen Spionage versucht die norwegische Bourgeoisie die Enthüllungen darüber, daß sie das Land mit der Mitgliedschaft in der NATO zum Kriegsschauplatz eines imperialistischen Krieges macht, zu unterdrücken. Aber, wie „Klassekampen" betont, wird die KAP/ML weiter gegen diese Politik kämpfen und sich nicht knebeln lassen. Um eine Verurteilung zu verhindern, ruft die Zeitung die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen auf, gegen die Anklage zu protestieren und zu fordern, daß sie zurückgenommen wird.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Mehr Lobhudeleien auf die Kapitalisten

Siemensboss als Schulbuchzensor

Die Schulbücher in der Bundesrepublik sind durch und durch reaktionär. Ihr Auftrag lautet, so ist es in den verschiedenen Schulgesetzen und Richtlinien festgelegt, die Schüler im Sinne der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu „erziehen“ und zu indoktrinieren. Die wenigen „kritischen“ Worte, die sich in einigen Schulbüchern finden, dienen zudem dazu, die Schüler mit dem Geist des Reformismus und Revisionismus zu verseuchen. Manchem ist aber selbst das noch zuviel. Peter-Jürgen Lüders z. B., seines Zeichens Leiter der Hauptabteilung „Information und gesellschaftspolitische Fragen“ bei Siemens, möchte am liebsten, daß die Schulbücher gleich in den Propagandazentralen der kapitalistischen Konzerne verfaßt werden.

Unter dem Titel „Die Wirtschaft im Schulbuch“ hielt dieser Fachmann für kapitalistische Propaganda vor kurzem einen Vortrag vor Verlegern in Köln. Als erstes nahm er sich dabei die Rechenbücher vor. Unerhört, so Lüders, daß dort angenommen wird, die Kapitalisten würden mit Gewinnspannen von 25-30% rechnen. Welches Bild wirft das auf die „Unternehmer“! Wenn es nach Lüders ginge, käme das Wort Gewinn in den Rechenbüchern gar nicht mehr vor. Stattdessen würden die Schüler damit beschäftigt, auszurechnen, wieviel Geld die Kapitalisten aufzuwenden haben, um die Sozialleistungen aufzubringen, in welche schwierige Lage die Kapitalisten kommen, wenn die Arbeiter Lohnforderungen von 12-15% stellen, wieviel sie jetzt schon für die Arbeiter tun, wo die Lohnkosten in manchen Betrieben 50% des Umsatzes ausmachten usw. usf. Mit solchen Beispielen sollen die Schüler sogar beim Rechnen noch mehr als bisher im Sinne der Kapitalisten indoktriniert und verdummt werden.

zum Leben brauchen. Alles geht gut, wenn die Menschen zusammenarbeiten. Das ist nicht immer so. Es gibt Menschen, die sich zusammenrotten und gegen irgend etwas mit Gewalt ankämpfen. Dann kommt es manchmal zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Irgendwo in der Welt ist Krieg. Die Menschen schießen sich zu Tausenden gegenseitig tot.

Dann macht sich Lüders über die Bücher für den Deutschunterricht her. Fällt in einem Schulbuch das Wort „Klassengesellschaft“, um die Jugend im reformistischen und revisionistischen Sinn zu beeinflussen, schon setzt Lüders die Feder zur Zensur an. Er ruft die Verleger auf: Macht mehr Propaganda für die „freiheitliche Gesellschaft“, in der wir doch angeblich leben. Und diese Gesellschaft wurde „bekanntlich“ von den Kapitalisten aufgebaut. Ihre Leistungen gelte es daher vor allem herauszustreichen. Deshalb soll den Schülern eingehämmert werden, daß die Kapitalisten neue Märkte brauchen, den Kapitalexport und die Ausplünderung anderer Völker. Deshalb soll vor den Schülern der „hohe Mut“ der Kapitalisten, ihre großen Beiträge zum technischen Fortschritt usw. usf. herausgestrichen werden.

Und um die Leistungen der Kapitalisten richtig würdigen zu können, sollen die Schüler zur Opferbereitschaft erzogen werden. Macht ihnen klar, daß Rationalisierungen notwendig sind, predigt Lüders. Macht ihnen klar, daß sie die Pflicht zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern haben, daß sie sich über ihre gesetzlich festgelegten Rechte hinaus nicht auflehnen dürfen, daß sie vor allem nicht auf den Gedanken kommen, sich im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus zusammenzuschließen.

Die reaktionären Schulbücher von heute genügen Lüders nicht. Er kennt die Unruhe unter der Jugend. Seine Überlegung ist „einfach“. Je indoktrinierter die Jugendlichen aus den Schulen kommen, je mehr sie mit dem Geist der bürgerlichen Ideologien beeinflußt worden sind, desto einfacher wird es sein, sie auch in den Betrieben niederzuhalten, sie als willfährige Arbeitssklaven auszubeuten.

Nur haben Lüders und Konsorten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die arbeitende Jugend wird sich auf die Dauer nicht niederhalten lassen. Sie wird erkennen, daß sie nicht den Lügen der Kapitalisten Glauben schenken darf, sondern den Weg des Marxismus-Leninismus, den Weg der Rebellion gegen das kapitalistische Ausbeutersystem beschreiten. Sie wird mit der ROTEN GARDE unter der Führung der Partei für den Sturz des Kapitalismus in der sozialistischen Revolution kämpfen.

172 000 DM aus Steuergeldern für Osswald Villa

Das teuerste 'Altersheim' Hessens

172 000 Mark aus Steuergeldern steckt die hessische Landesregierung gegenwärtig in die Renovierung einer Villa im Wiesbadener Bonzenviertel. Diese Villa hat eine bewegte Vergangenheit. Einst im NS-Besitz ging sie nach dem Krieg in die Hände der amerikanischen Streitkräfte über Nun, Nazis und Ami-Besatzer haben einen würdigen Nachfolger bekommen: Albert Osswald, abgetakelter Ministerpräsident von Hessen, soll hier auf Kosten der Werktätigen einen beschaulichen Lebensabend verbringen.

Osswald ist eine der berüchtigsten Figuren aus dem hessischen Korruptionssumpf. Er ist verantwortlich für den Zusammenbruch der Hessischen Landesbank (Helaba) durch windige Finanzspekulationen. Das hat zwar Verluste in Höhe von Hunderten Millionen für das Land gebracht — die aus Steuergeldern gedeckt werden —, für Osswald persönlich hat es sich allerdings gelohnt. Bis jetzt ist schon von zwei Überweisungen von je 50 000 Mark die Rede, die im Zusammenhang mit Helaba-Geschäften auf seinem Konto eingingen. Osswald hat jetzt zwar, von betrogenen Konkurrenten angestrengt, ein Verfahren wegen Bestechung am Hals. Aber bekanntlich hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus.

Die bürgerlichen Gerichte, ebenso im Dienst der Bourgeoisie wie er, werden Osswald genauso freisprechen wie sie seinen Parteifreund, den Ex-Bürgermeister von Frankfurt, Arndt, freigesprochen haben. Auch Arndt hatte die Hand aufgehalten und beispielsweise allein vom Hotel-Konzern Sheraton 1,2 Millionen kassiert. Aber für die Bonzen gelten eben andere Gesetze. Da werden aus Bestechungsgeldern „Spenden“ und ein Zusammenhang mit erteilten Baugenehmigungen usw. ist grundsätzlich nicht erkennbar.

So können die bürgerlichen Gerichte „Passierscheine“ für die korrupten Bonzen ausstellen. In den Augen der Werktätigen jedoch sind sie damit nicht freigesprochen. Wie sehr die Werktätigen das ganze bestochene Pack hassen, hat gerade die SPD in Hessen bei der letzten Wahl erlebt. Aber natürlich ist die CDU, trotz aller Demagogie, keine Alternative. Das zeigte sich anschaulich bei der Affäre um die Frankfurter Flughafen-Garagen. SPD-Arndt hatte für die Pachtgenehmigung 200 000 Mark eingesteckt. Die CDU fing an, das groß für ihren Wahlkampf auszuschlachten, stoppte dann aber plötzlich ihre Kampagne. Es hatte sich herausgestellt, daß der Pächter auch an die CDU überwiesen hatte. Und schließlich hat die CDU auch nichts dagegen, daß dem entlarvten Betrüger Osswald zu einem Schmarotzer-Leben verholfen wird. Es sind schließlich die Werktätigen, die dafür bezahlen müssen und beim nächsten Mal könnte es ja auch ein CDU-Ministerpräsident sein.

Dokumente des Polizei-Terrors







München. Ein Student wird abends von zwei Polizisten angehalten: Ausweiskontrolle. Der Student zieht seinen Ausweis aus der Tasche und fragt nach den Dienstnummern. Er wird gepackt, zu Boden geworfen. Sie reißen seinen Kopf an den Haaren hoch und schlagen sein Gesicht immer wieder auf das Pflaster, bis er blutüberströmt liegenbleibt. Solche Szenen des Polizeiterrors sind alltäglich in der Bundesrepublik. Hunderte Werktätige können von ähnlichen Überfällen berichten.

München. Am nächsten Tag. Der Polizeidirektor Schmidt erklärt: „Als die Beamten den Studenten angehalten hatten, verweigerte er ohne Antwort die Personalien. Daraufhin wurde ihm die Festnahme erklärt. Da schlug der Mann wahllos um sich; es mußten ihm Handschellen angelegt werden.“ Auch das ist alltäglich. Dem Polizeiterror auf dem Fuß folgen die schmutzigen Polizei-Lügen. Und das Opfer wird angeklagt, wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt.

Das Besondere an dem Münchner Fall sind nur die Fotos, heimlich aufgenommen von einer Bekannten des Studenten. Fotos, die den Terror beweisen und die unverschämten Lügen aus dem Polizeipräsidium entlarven. Sie werden noch mehr Menschen in unserem Land den wirklichen Charakter der Polizei klar machen; nicht „Freund und Helfer“, sondern Unterdrückungsinstrument gegen die Werktätigen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . . .

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen“, Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-19, Sa. 10-13 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 16-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen“ Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten Mo.-FR. 9-13 und 15-18, Sa. 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.